



Erwachsenenbildung und Behinderung

Jahrgang 22
Heft 1: April 2011



Erwachsenenbildung inklusiv

Herausforderungen im Zeichen der UN-Behindertenrechtskonvention



„Mehr lesen wissen können“

Das Bild auf der Titelseite verdeutlicht Kernelemente von Erwachsenenbildung unabhängig von der Frage nach Behinderungen. Das Bild stammt von der Fotografin Susanne Kürth (photocase.com).

Editorial

Werner Schlummer: Erwachsenenbildung inklusiv 2

Schwerpunktthema

Matthias Windisch / Elfriede Schächl: Auf dem Weg zur inklusiven Erwachsenenbildung
– Projekt zur Förderung von inklusiven Angeboten an der
Volkshochschule in der Region Kassel 3

Manuel Yupanqui: Gemeinsam Brücken bauen –
gelebte Inklusion an der Volkshochschule Offenburg 13

Lothar Heusohn / Franz Schweitzer: „Sommerschule Ulm“ – Bildung für alle
an der Ulmer Volkshochschule 17

Nadja Goldmeyer / Jens Greffin / Thurid Hille / Carolin Ullrich: Wie gehen
Volkshochschulen mit dem Thema geistige Behinderung um? 21

Anke Groß-Kunkel: Lesen einmal anders – Erwachsenen mit geistiger Behinderung
die Welt der Bücher eröffnen 25

Situation in der Bundeshauptstadt – Gutachten zur Erwachsenenbildung von Menschen
mit geistiger Behinderung 29

Werner Schlummer: Grundsätzlich der richtige Weg – Zum Grundsatzpapier des
Volkshochschulverbandes 34

Kontext Erwachsenenbildung

Der Froschkönig - ein Wintermärchen? Ein Schwarzlichttheater-Workshop im Rokokosaal 37

Michael Hänsch: HELP – Helfer/in mit Elementarem Leistungsprofil 38

Jutta Göttfried: „Es wird ja doch nicht besser“, sagen die Leute 42

Internationales und Tagungen

Fachtagung der GEB: Inklusive Erwachsenenbildung – Kooperationen zwischen
Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Behindertenhilfe 43

Veranstaltungshinweise 45

In eigener Sache

Mitgliederversammlung der GEB 46

Lars Elster: Gründung der regionalen Arbeitsgruppe „Kleiner Odenwald“ 47

Mitgliedschaft 48

Impressum

Erwachsenenbildung inklusiv

Werner
Schlummer



Ist die Aussage, die in einem verkümmerten Zwei-Wort-„Satz“ steht, überzeugender, als wenn man nach grammatikalischen Regeln einen normalen Satz formuliert mit Subjekt (Satzgegenstand), Prädikat (Satzaussage), Objekt (Satzergänzung)? Die Werbung verstümmelt diese Grundregel der deutschen Sprache oft und bewusst. Will sie doch damit ein besonderes Zeichen und Signal setzen, um mit entsprechenden Werbeslogans und griffigen Formulierungen eine erfolgreiche und überzeugende Wirkung zu erzielen.

„Erwachsenenbildung inklusiv“ ist ein Signal – und es ist Aufforderung und Herausforderung zugleich. Diese Herausforderung besteht nicht erst seit Verabschiedung des „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (kurz: UN-Behindertenrechtskonvention) im Jahr 2006 und der Ratifizierung durch die Bundesregierung im Jahr 2009. Das Ziel, Erwachsenenbildung inklusiv zu gestalten, verfolgen seit vielen Jahren Institutionen sowie professionell und ehrenamtlich Tätige, die Erwachsenenbildung auf unterschiedlichen Ebenen für Menschen mit und ohne Behinderung anbieten. Allerdings hat sich im Bewusstsein vieler Menschen vor allem die Bezeichnung „integrative Erwachsenenbildung“ festgesetzt. Bei diesem Ausdruck wird in aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen dagegen besonders die Verbindung zum Thema Migration gezogen. Dies verdeutlicht auch das vom Deutschen Volkshochschulverband neu formulierte Standort- und Grundsatzpapier. Eine durchaus heikle Situation, wenn dadurch der Personenkreis von Menschen mit Behinde-

rung vernachlässigt wird oder gar aus dem Blickfeld gerät.

Das vorliegende Heft unterstreicht das vielfältige Engagement im Bereich inklusiver Erwachsenenbildung. Es zeigt mit seinen Beiträgen allerdings auch bestehende Schwachstellen und Schwierigkeiten auf. Kurzum: Von „Erwachsenenbildung inklusiv“ sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Doch helfen die Beispiele auf den folgenden Seiten dabei, die Deutschlandkarte in Sachen Erwachsenenbildung inklusiver zu kennzeichnen: Von Kassel bis Ulm, von Berlin bis Offenburg, von Eisenach bis Köln.

Es bleibt zu hoffen, dass durch die UN-Behindertenrechtskonvention die Herausforderung „Erwachsenenbildung inklusiv“ neue Impulse erfährt und die entsprechend damit verbundene Bewegung an Fahrt gewinnt. Sie als Leserin und Leser können sich an dieser Fahrt beteiligen. Zum Beispiel durch Ihre Teilnahme an der Berliner-Tagung der GEB vom 13.-14. Mai in Berlin (siehe u. a. Umschlag-Rückseite sowie im Innenteil dieses Heftes).

Dr. Werner Schlummer
Schriftleiter

Vorschau auf Heft 2/2011

Im nächsten Heft setzen wir die Diskussion über inklusive Erwachsenenbildung fort. Sie können sich daran beteiligen, indem Sie uns Berichte über Ihre Erfahrungen zusenden.

Die Redaktion freut sich auf Beiträge, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Auf dem Weg zur inklusiven Erwachsenenbildung

Projekt zur Förderung von inklusiven Angeboten an der Volkshochschule in der Region Kassel

Einleitung

Diskussionen und Bemühungen um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die unterschiedlichen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens haben durch die mittlerweile auch in Deutschland geltende UN-Konvention über die Rechte von behinderten Menschen (UN 2006) allenthalben neuen Aufwind erhalten.

Im Bildungsbereich ist der Fokus der Diskussionen um ihre Umsetzung in erster Linie auf eine uneingeschränkte Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen an der allgemeinen Schule, d. h. auf den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung gerichtet. Indessen ist nach dem Artikel 24 der UN-Konvention ebenfalls eine barrierefreie Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Erwachsenenbildung bzw. die Verankerung und Verbreitung von Angeboten in der allgemeinen Erwachsenenbildung für Menschen mit und ohne Behinderung zu gewährleisten, um lebenslange Bildungsmöglichkeiten für alle Menschen zu bieten.

Eine Ausgrenzung aus dem allgemeinen Bildungssystem schließt der Artikel 24 explizit aus. Nach ihm ist ebenfalls sicherzustellen, dass „Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner tertiärer Bildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben.“ Dazu gehört unbedingt eine angemessene Berücksichtigung der „Bedürfnisse des

Einzelnen“, die eine notwendige und individuell passgenaue Unterstützung beinhaltet, um die Teilhabe an inklusiver Bildung in einem Kontext zu ermöglichen, wo bestmöglich Lern- und soziale Entwicklungsprozesse stattfinden können.

Mit den normativen Orientierungen der UN-Konvention korrespondieren bereits langjährige Diskussionen und Bestrebungen um eine inklusive Erwachsenenbildung (z. B. Lindmeier u. a. 2000; Heß u. a. 2008). Um zur Umsetzung einer inklusiven Erwachsenenbildung und der UN-Konvention beizutragen, ist in der Region Kassel ein Kooperationsprojekt mit dem Ziel entstanden, eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderung an öffentlichen Erwachsenenbildungsangeboten der Volkshochschule (VHS) in der Region Kassel zu erreichen. Das Kooperationsprojekt einschließlich einer wissenschaftlichen Begleitung durch die Universität Kassel wurde Ende 2008 von der Universität Kassel, der Trube-Stiftung und der VHS Region Kassel ins Leben gerufen. Das Projekt wird bis Mitte 2011 von der Trube-Stiftung finanziell gefördert.

Nach einer Skizzierung bildungstheoretischer Voraussetzungen und der Ausgangssituation des Projektes werden in dem vorliegenden Beitrag die bisherigen Projektergebnisse sowie Probleme und Perspektiven auf dem Weg zu einer inklusiven Erwachsenenbildung an der VHS Region Kassel aufgezeigt.

Matthias
Windisch



Elfriede
Schäth



Zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung an öffentlicher Erwachsenenbildung

Grundlegende bildungstheoretische Bezüge von allgemeiner, öffentlicher Erwachsenenbildung bietet das gesellschaftskritische Konzept von Bildung nach Wolfgang Klafki (1996). Mit seinem Konzept sind folgende zentrale Grundsätze verknüpft: Bildung ist die Möglichkeit und das Recht aller Menschen – unabhängig etwa von der sozialen Herkunft oder Rasse, dem Alter und Geschlecht, der Art und dem Schweregrad einer Behinderung; sie ist allen Menschen unter Berücksichtigung der „Schlüsselprobleme“ (ebd., S. 20) in der gegenwärtigen Gesellschaft und Lebensgestaltung zugänglich zu machen, sie ist im Rahmen gleichberechtigter Auseinandersetzung auf die Entfaltung individueller Potenziale und mehr Menschlichkeit auszurichten; sie erstreckt sich auf die Entfaltung des ganzen Menschen und reduziert sich nicht auf kognitive Kompetenzen; sie bezieht sich ebenfalls auf soziale Beziehungen und soziale Kompetenzen, Lebensbewältigung und subjektives Befinden, körperliche Aktivitäten sowie ästhetisches Erleben und Handeln. Im Kern umfasst Bildung nach Klafki (1996) die Entwicklung und Verbesserung von Fähigkeiten der Selbst- und Mitbestimmung sowie der Solidarität auf der Basis der Aneignung historischer, gesellschaftlicher und lebensweltlicher Erfahrungen. Sie lässt sich demzufolge gleichzeitig als individuelle, soziale und kulturelle Kategorie verstehen (Feuser 1998). Ihre gesellschaftskritische und ihre lebensweltliche Dimensionierung verknüpft mit Zielen der Selbstbestimmungs-, Mitbestimmungs- und Solidaritätsfähigkeit weisen eine grundlegende

Affinität mit den Intentionen des Empowerment und der Inklusionsdiskussion in der Bildung für Erwachsene mit Behinderung auf (Theunissen 2009, Heß u. a. 2008).

Bedeutungsvoll und richtungweisend ist in diesem Zusammenhang gerade auch die angestrebte und geforderte Offenheit der angeführten Orientierungen von Bildung gegenüber allen Gruppen von Menschen in der Gesellschaft. Damit geht eine grundsätzliche Übereinstimmung in der gegenwärtigen öffentlichen, allgemeinen Erwachsenenbildung sowohl gemessen an ihrer gesetzlichen Basis in den Bundesländern als auch ihrer darauf aufbauenden konzeptuellen Orientierungen einher (Tippelt 1999, Faulstich / Zeuner 1999, Lindmeier 2003).

Der Bereich der Erwachsenenbildung zeichnet sich nach Lindmeier (2003) im besonderen Maße als ein pädagogisches Handlungsfeld mit einer großen Heterogenität von Teilnehmenden sowie von individuellen Interessen und Voraussetzungen der Adressaten aus. Charakteristisch ist generell für die Teilnahme an der Erwachsenenbildung vor allem: je höher der Bildungsstand, umso größer die Teilnahme; je ungünstiger die soziale Situation, umso geringer die Teilnahme; förderlicher Einfluss von Information und Beratung auf die Teilnahme (Schröder 1997, Faulstich / Zeuner 1999, Barz 2000). Ebenso werden Menschen mit Behinderung, insbesondere Personen mit so genannter geistiger Behinderung als potenzielle Adressaten, die zu bildungsfernen Gruppen zählen und häufig in ungünstigen sozialen Situationen leben, in geringem Umfang durch die allgemeinen Erwachsenenbildungsangebote erreicht. Andererseits werden jüngst auch in der „Kundenstudie“ von Seifert (2010) unzureichende allgemeine Erwachsenen-

bildungsangebote in Berlin mit inkludierenden Wirkungsmöglichkeiten in das Gemeinwesen beklagt, obgleich sich ihr zufolge ein deutlicher Bedarf auf der Seite der Menschen mit Behinderung äußert. Nach Angaben von Babilon (2008, 70) – unter Bezugnahme auf Befragungsergebnisse – liegt der Anteil von allgemeinen Erwachsenenbildungsveranstaltungen, an denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam teilnehmen, bei sieben Prozent. Daneben gibt es eine Reihe von zielgruppenspezifischen, separaten Angeboten für Menschen mit Behinderung im Rahmen der allgemeinen, öffentlichen Erwachsenenbildung an den Volkshochschulen in Deutschland (z. B. seit vielen Jahren in Nürnberg und München) etwa zu Themen wie Assistenz, Selbstbestimmung und Selbstbehauptung. Wengleich derartige separate Kursangebote als berechtigt und bedeutsam anzusehen sind, merkt dazu Babilon (2008) kritisch an, dass sich diese häufig auch im Rahmen gemeinsamer Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung durchführen ließen.

Indessen verfolgt inklusive Erwachsenenbildung das Ziel, eine selbstverständliche Teilnahme von allen Personen mit Behinderung an dem allgemeinen, öffentlichen Erwachsenenbildungsangebot zu ermöglichen und möglichst umfassend zu verwirklichen. Sie erfordert eine konsequente Offenheit, barrierefreie Zugänglichkeit und Erweiterung der allgemeinen Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung. Das beinhaltet, dass sich das System der öffentlichen Erwachsenenbildung an ihre Adressaten auf allen relevanten Ebenen im Sinne des Prozesses einer Organisationsentwicklung (etwa strukturell: grundsätzliche Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung, Kursorgani-

sation und -inhalte, Angebotsveröffentlichung) anpasst und nicht umgekehrt. So bedarf es neben einer inklusiven strukturellen Ausrichtung der Institutionen allgemeiner, öffentlicher Erwachsenenbildung und des Abbaus von Barrieren für die Teilnahme aller Menschen an den Bildungsprozessen vor allem, Unterstützungsressourcen zu aktivieren und bereitzustellen, um so auch Hürden für die Teilnahme von allen Menschen mit Behinderung – einschließlich jener mit so genannter geistiger Behinderung – an der allgemeinen Erwachsenenbildung zu überwinden und deren uneingeschränkte Teilhabemöglichkeit in diesem Bildungsbereich zu fördern (auch Babilon 2008).

Ausgangssituation und Konstruktion des Volkshochschulprojektes Region Kassel

Die Ausgangssituation des Kasseler Volkshochschulprojektes ist dadurch gekennzeichnet, dass die Teilnahme an den allgemeinen Bildungsangeboten der VHS in der Region Kassel als öffentliche Regeleinrichtung nach den gesetzlichen Vorgaben selbstverständlich für alle Menschen ohne und mit Behinderung offen steht (vgl. Leitbild der VHS Region Kassel: www.vhs-region-kassel.de/index.php?id=29). Das Angebot richtet sich an alle Menschen. Für diese ist die VHS Region Kassel ein Ort des Lernens, der Begegnung und der Kommunikation. Gleichwohl ist offensichtlich, dass die Nutzung ihrer Bildungsangebote durch Menschen mit Behinderungen eher in geringem Umfang erfolgt. Ausgewiesene Bildungsangebote speziell für Menschen mit Behinderungen oder für Menschen

mit und ohne Behinderungen an der VHS in der Region Kassel gab es kaum. Demgegenüber ist eine in den vergangenen Jahren erhebliche Zunahme von vielfältigen Bildungs- und Freizeitangeboten für Menschen mit Behinderungen in der Region Kassel zu verzeichnen, die an regionale Einrichtungen der Behindertenhilfe (Spezial- und Sonderinstitutionen – wie etwa in Form von Wohnheimen und Werkstätten für behinderte Menschen – und auch soziale ambulante Dienste für Menschen mit Behinderung) gebunden sind.

Vor diesem Hintergrund hat sich eine Initiative zu dem Kasseler Volkshochschulprojekt mit dem Ziel formiert, die Teilhabe der Menschen mit Behinderung im Bereich der allgemeinen, öffentlichen Erwachsenenbildungsangebote in der Region Kassel strukturell durch die inklusive Ausrichtung ihrer Angebote zu verbessern und eine prozesshafte Umgestaltung der gegenwärtigen regionalen Bedingungen im Bereich der Erwachsenenbildung zu fördern. Als Projektstart diente im November 2008 eine Auftaktveranstaltung der Projektpartner in Form eines Diskussionsforums mit Fachleuten der regionalen Behindertenhilfeeinrichtungen und Vertretern von Selbsthilfegruppen in der Region Kassel sowie des Behindertenbeirats in der Stadt Kassel.

In ihrem Rahmen haben die Teilnehmenden einen erheblichen Bedarf an zugänglichen allgemeinen und speziellen Bildungsangeboten für Menschen mit Behinderung bekundet, der sich allein aus dem Umfang der Menschen mit Behinderung von 24 500 in der Stadt und von 28 000 im Landkreis Kassel legitimiere. Zugleich wurde seitens der Leitung der VHS Region Kassel betont, dass das Volkshochschulprojekt keine Konkurrenz zu den bestehenden Angeboten der regio-

nen Behindertenhilfeeinrichtungen sein solle und vielmehr auf deren Mitwirkung setze. Ebenfalls wurde darauf verwiesen, dass es bereits vereinzelt Kooperationen zwischen VHS und Behindertenhilfeeinrichtungen gäbe.

Im Ergebnis der Auftaktveranstaltung hat das Volkshochschulprojekt nachhaltig Unterstützung gefunden; aus den Reihen ihrer Teilnehmer wurde schließlich ein Arbeitskreis als kooperierendes und unterstützendes Netzwerk mit Vertretern der VHS, der Trube Stiftung, der Universität Kassel mit seiner Begleitforschungsfunktion, der Kasseler Behindertenhilfeeinrichtungen, von Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland und des Behindertenbeirats eingerichtet.

Dem Arbeitskreis, der seit Anfang 2009 mit der Bezeichnung „Erwachsenenbildung für Menschen mit und ohne Behinderung an der vhs in der Region“ besteht, kam bis Ende 2010 regelmäßig in einem etwa 4- bis 8-wöchigen Turnus zusammen. Ihm fielen bislang eine tragende und steuernde Funktion, die Federführung und Moderation des Projekts mit den folgenden Aufgaben zu:

- Rahmen für eine Kooperation mit Vertretern von Menschen mit Behinderung und der regionalen Behindertenhilfeeinrichtungen und für deren Einbindung in das Projekt bilden,
- Bedarf und Bedingungen von Bildungsangeboten für Menschen mit Behinderungen an der VHS ausloten,
- sowohl zielgruppenspezifische Veranstaltungsangebote für Menschen mit Behinderung als auch Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung im Programm der VHS entwickeln,
- Gewährleistung einer öffentlichkeitswirksamen Verbreitung der neuen

Programmangebote auch durch die Vertreter der Kasseler Einrichtungen der Behindertenhilfe und ihrer Unterstützung bei der Nutzung der Angebote durch Menschen mit Behinderung,

- Verbesserung eines barrierefreien Zugangs zu den Bildungsangeboten,
- Kooperationsgremium bzw. Beirat für die wissenschaftliche Begleitung zur Evaluation der neuen Programmangebote und des Veränderungsprozesses.

Aufgabe der mit dem Kasseler Volkshochschulprojekt verknüpften wissenschaftlichen Begleitung bis Mitte 2011 ist es, prozessbezogen und unter Partizipation des Arbeitskreises Erkenntnisse zu Ergebnissen und Problemen der Umsetzung der seit Herbst 2009 neu eingerichteten Bildungsangebote für Menschen mit und ohne Behinderung an der VHS in der Region Kassel sicherzustellen. Unter anderem geht es bei den Befragungen der Kursleitungen und -teilnehmenden um folgende Gesichtspunkte:

- Zugänglichkeit zu den neuen Bildungsangeboten (Beratung, Finanzierung der Kursteilnahme, Erreichbarkeit usw.),
- Gestaltung der Kurse (Zielsetzung, Inhalte, methodisches Vorgehen usw.),
- Zufriedenheit mit den Kursen (Zielsetzung, Inhalte usw.),
- Unterstützung der Kursleitungen und Unterstützung der Kursteilnehmenden,
- Öffentlichkeitsarbeit (etwa Quelle und Qualität der Informationen zu den Kursen).

Während die Kursleitungen anhand Leitfadeninterviews befragt werden, finden die Befragungen der Kursteilnehmenden anhand standardisierter Interviewbögen

statt. Untersuchungsergebnisse liegen seit den ersten neuen Angeboten der VHS im Herbst 2009 vor, sie wurden an den beteiligten Arbeitskreis zurückgekoppelt und dort auch im Hinblick auf die Steuerung des Projektprozesses reflektiert.

Bisherige Ergebnisse und Probleme des Kasseler Volkshochschulprojekts

Als bisherige Ergebnisse des Projektprozesses lassen sich erste Schritte von Veränderungen auf der strukturellen Ebene der VHS in Richtung auf den Abbau von Barrieren bei der Zugänglichkeit von Veranstaltungsangeboten, verbesserte organisatorische Bedingungen für inklusive Bildungsangebote und deren schrittweise Verankerung in Kooperation mit den Teilnehmenden des eingerichteten Arbeitskreises festhalten. Es wurden seitens der VHS, wie in ihrem Leitbild verankert „besondere Initiativen (...) entwickelt, um Menschen zu erreichen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation keinen unmittelbaren Zugang zur Weiterbildung haben.“ Dabei handelt es sich um folgende Aspekte:

- Aus dem Kreis der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter/innen hat eine Mitarbeiterin die Aufgabe als Ansprechpartnerin und Koordinatorin bei der Planung und Umsetzung von Bildungsangeboten für Menschen mit und ohne Behinderung sowie – gemeinsam mit der wissenschaftlichen Begleitung – die Funktion der Moderatorin des Arbeitskreises und im Projektprozess übernommen.
- Vorbereitung der VHS auf eine barrierefreie Webpräsentation.
- Zusammenstellung eines Papiers zu „Möglichkeiten der behinderten-

- gerechten Gestaltung von Kursangeboten der vhs Region Kassel“ im Rahmen des Arbeitskreises Orientierungsfunktion für die Entwicklung und Gestaltung inklusiver VHS-Angebote. Teile dieses Papiers werden als Grundlage für Fortbildungsseminare und Kursleiter-Einführungsveranstaltungen verwendet. Kursleitungen werden explizit zur Teilnahme an der Workshop-Reihe „Selbst erleben und nicht nur darüber reden“ durch die Übernahme von Fortbildungskosten motiviert.
- Die Anmeldekarte für VHS-Kurse wurde um ein Abfragefeld hinsichtlich des Hilfe- bzw. Unterstützungsbedarfs wegen einer Behinderung erweitert. Somit hat die VHS nun die Möglichkeit, durch eine Kontaktaufnahme mit der angemeldeten Person abzuklären, welche Unterstützung oder welches Hilfsmittel für eine Kursteilnahme nötig ist.
 - Es wurde eine Liste von den in dem Arbeitskreis vertretenen Behindertenhilfe-Einrichtungen erstellt, die sich als Ansprechpartner zur Verfügung stellen, um Beratung oder Organisation hinsichtlich erforderlicher Unterstützung oder Hilfsmittel für die Teilnahme an VHS-Angeboten zu leisten. Unterstützungsleistungen durch Arbeitskreismitglieder sind:
 - Information über das VHS-Angebot und nachdrückliche Ermunterung zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen,
 - Vermittlung oder Organisation von erforderlichen Unterstützungsleistungen (Dolmetscher, Bereitstellung der technische Voraussetzungen, Assistenz für Begleitung an VHS-Angeboten, Fahrdienst u. ä.),
 - Informationen und Beratung sowie Unterstützung etwa hinsichtlich des Erhalts von Leistungen der Eingliederungshilfe (Teilhaubeleistungen).
- Über die Finanzierung von notwendigen Hilfen stimmen sich in der Projektphase die VHS und Trube-Stiftung miteinander ab.
- Teilnahmekosten werden in einzelnen Fällen unter sozialen Gesichtspunkten über die grundsätzlich mögliche 50%ige Ermäßigung hinaus weiter verringert. Dadurch entstehende finanzielle Lücken für die VHS werden in der Projektphase durch einen Zuschuss der Trube-Stiftung nach Absprache ausgeglichen.
 - Es wird eine durch das Netzwerk des Arbeitskreises getragene Öffentlichkeitsarbeit zu den neuen VHS-Programmangeboten für Menschen mit und ohne Behinderung einschließlich Pressearbeit installiert. Mit ihr verbindet sich der Anspruch, mit Hilfe der Arbeitskreismitglieder motivierende Informationen über die Veranstaltungsangebote zu verbreiten sowie je nach Bedarf erforderliche Hilfen in Aussicht zu stellen (z. B. über Vereinszeitung bzw. -medien), um die Teilnahme an Kursangeboten zu ermöglichen.
 - Innerhalb der VHS hat sich eine größere Sensibilität der Mitarbeiter/innen gegenüber den Angeboten für Menschen mit und ohne Behinderung seit Beginn des Projekts entwickelt. Ebenfalls werden vermehrt Unterstützungsbedarfe gegenüber der VHS im Zusammenhang der Veranstaltungsangebote angemeldet.
 - Die neuen Veranstaltungsangebote wurden im VHS-Programmheft und auf der Webseite der VHS veröffent-

licht, einmal integriert in die allgemeine Struktur der Angebotspräsentation und zum anderen separat im Themenfeld „Leben mit Behinderung“. Seit Projektbeginn hat sich ihr Umfang erhöht, der pro Semester zwischen 8 bis 15 Angebote – mit ansteigender Tendenz – umfasst hat.

Inhaltlich waren die neuen Veranstaltungsangebote relativ breit akzentuiert; sie umfassten etwa folgende Themen: Selbst erleben und nicht nur drüber reden (Veranstaltungsreihe für behinderte und nicht behinderte Menschen mit Erfahrungs- und Informationsaustausch zum Thema Leben mit einem Handicap); Zusammen ist man weniger allein; Liebe, Sexualität und Partnerschaft; Ernährung; Persönliche Zukunftsplanung; Spaß durch Bewegung – Tänze für alle; La Meng – Theater aus dem Handgelenk; Kunstprojekt Pappmaschee; Wendo – Selbstverteidigung; Sich gut präsentieren – Selbstmarketing; Medienwerkstatt; Lesen und Schreiben.

Im Ergebnis einer Befragung von 26 Teilnehmenden im Rahmen der neuen Kursangebote, darunter 16 Frauen und 10 Männer sowie 14 Menschen mit und 12 Menschen ohne Behinderung mit einem durchschnittlichen Alter von 45 Jahren sind aus ihrer Bewertungsperspektive trotz eines bisher eingeschränkten Umfangs der Kursteilnehmenden positive Effekte des neuen Programmangebots der VHS an dieser Stelle hervorzuheben. So zeigt sich etwa eine ausgesprochen hohe allgemeine Zufriedenheit mit der Teilnahme (Mittelwert 3,96 auf einer Skala von 1=nicht zufrieden bis 4=zufrieden). Sie spiegelt sich in ähnlicher Weise auch in erfassten Einzelzufriedenheitsäußerungen, insbesondere hinsichtlich des Umgangs der Teilnehmenden untereinander,

der, der Mitbestimmung und Kursgestaltung, der Verständlichkeit von Informationen im Kurs, des Verhaltens und der Hilfen durch die Kursleitung. Ebenfalls verdeutlicht sich eine hohe Zufriedenheit mit Erfahrungen bei Kursanmeldung (Mittelwert: 4,0) und Hilfen zur Kursteilnahme (Mittelwert: 3,95). Damit korrespondieren in erster Linie folgende Einschätzungen des persönlichen Nutzens aus der Kursteilnahme durch die Befragten: „Spaß gehabt zu haben“ (Mittelwert: 3,61 auf einer Skala 1=trifft nicht zu bis 4=trifft zu), „Verstärkung des vorhandenen Interesses“ (Mittelwert: 3,60), „etwas Neues gelernt zu haben“ (Mittelwert: 3,58). Aber auch „Lust bekommen zu haben, etwas zu unternehmen“ (Mittelwert: 3,24) und „neue Fähigkeiten entdeckt zu haben“ (Mittelwert: 2,96) rangieren in der persönlichen Nutzenbewertung relativ hoch.

Mit den positiven Kursbewertungen der befragten Teilnehmenden stimmen auch erste Ergebnisse befragter Kursleitungen überein. So sind beispielsweise aus der Sicht der Leitung eines auf Wunsch der Teilnehmenden wiederholt stattgefundenen Kursangebotes zu „Spaß an der Bewegung“ alle Ziele erreicht worden, wie Spaß an der Bewegung, Verbesserung der Feinmotorik und Erreichen von Taktgefühl, Erfolgserlebnisse haben, respektvollen Umgang mit anderen Menschen: „Es wurden grundsätzlich alle Ziele erreicht. Großes Ziel war, dass die Teilnehmer Spaß haben an der Bewegung. Das Ziel wurde erreicht, ja indirekt ist es die Feinmotorik (...) einfach das Taktgefühl, sich zu bewegen (...), der Umgang mit den anderen Menschen, wie respektvoll gehe ich mit denen um (...).“

Allerdings werden die aufgezeigten positiven Effekte des neuen VHS-Programmangebots bislang durch das wiederholte

Angebot der vorhergehend angeführten Kursleitung dominiert, das bislang die stärkste Nachfrage von Teilnehmenden mit und ohne Behinderung zu verzeichnen und in einer ländlich gelegenen Kleinstadt stattgefunden hat. Es weist den Charakter eines „Best-Practice-Beispiels“ auf: Die Zahl der Teilnehmenden hat sich in dem letzten Kurs auf 14 erhöht, Teilnehmende mit und ohne Behinderung waren in einem ausgewogenen Verhältnis vertreten, Teilnehmende mit Behinderung wurden durch eine ambulante Einrichtung der Behindertenhilfe nachhaltig informiert sowie motiviert und je nach individuellem Bedarf unterstützt (z. B. durch Begleitung, Fahrdienst mit finanzieller Hilfe der Trube-Stiftung), an dem Angebot teilzunehmen.

Als ein weiteres Best-Practice-Beispiel lässt sich eine Autorenlesung zu „Freak City“ (Katrin Schrocke) im Februar 2011 anführen. Dieser Roman behandelt eine Beziehung zwischen einer gehörlosen und einem nicht behinderten Jugendlichen – begleitet durch eine Gebärdendolmetscherin mit finanzieller Unterstützung der Trube-Stiftung – und bemerkenswert positiver Resonanz fand sie ebenfalls in einer Kleinstadt statt und zwar in Kooperation der VHS mit einer Buchhandlung in deren Räumlichkeiten. Die Teilnehmenden setzten sich aus Jugendlichen und Erwachsenen unterschiedlichen Alters (bis hin zu über 60-Jährigen) zusammen; nicht behinderte Teilnehmende überwogen deutlich gegenüber Menschen mit Behinderung.

Nicht zuletzt konnte inklusive Erwachsenenbildung bei einem Kursangebot zur „Digitalen Bildbearbeitung“ im Mai 2009 erfolgreich umgesetzt werden. Hier hatten sich einige gehörlose Menschen angemeldet. Eine von der Trube-Stif-

tung finanziell geförderte Gebärdendolmetscherunterstützung wurde rechtzeitig organisiert, die zu einem gelungenen Lernen aller Beteiligten beigetragen hat.

Währenddessen hat es trotz der bekundeten Unterstützung der Vernetzung des Projekts mit regionalen Behindertenhilfe-Einrichtungen im eingerichteten Arbeitskreis erhebliche Probleme bei der Mobilisierung einer ausreichenden Teilnehmerzahl für einen Großteil anderer geplanter neuer Angebote der VHS gegeben, besonders während der Startphase. Mussten anfänglich noch zu zwei Drittel der neuen Programmangebote wegen einer zu geringen angemeldeten Teilnehmerzahl (nur 1 oder 2 Teilnehmer) ausfallen, so konnte bis Februar 2011 immerhin schon fast die Hälfte der Angebote trotz teils knapper Teilnehmerzahl erfreuerlicherweise durchgeführt werden.

Folgende Probleme, die als Ursache für die bislang verhaltene Nutzung der neuen Angebote auch im Austausch mit den Arbeitskreismitgliedern zu vermuten sind, lassen sich feststellen:

- Differenz zwischen Interessensbekundung von Menschen mit Behinderung (etwa in Einrichtungen der Behindertenhilfe wie WfbM) an Angeboten der VHS und der letztlich tatsächlichen Kursanmeldung.
- Mobilitätseinschränkungen für Teilnehmer aus und in ländlichen Gebieten infolge unzureichender öffentlicher Verkehrsverbindungen und für Teilnehmer mit Bedarf an Mobilitätshilfen wegen Probleme der Finanzierung von Fahrdiensten.
- Große Hemmschwellen seitens der Menschen mit Behinderung, außerhalb des geschützten und bekannten Rahmens der Behindertenhilfe-Ein-

richtungen in einem ungewohnten und unbekanntem Terrain aktiv Angebote wahrzunehmen.

Vor allem dürften vielfältige Freizeit-, Bildungs- und Kommunikationsangebote durch Einrichtungen der Behindertenhilfe – auch in den Werkstätten für behinderte Menschen und im Rahmen ambulanter Hilfesettings – sowie deren „komfortable Nutzungsmöglichkeit“ (unentgeltlich oder sehr geringer finanzieller Nutzungsbeitrag, Fahrdienste usw.) kontraproduktiv gegenüber inklusiver Angebote im Gemeinwesen wirken. So kommt Hansmeier-Prockl (2009, 180) in ihrer Studie zur Teilhabe im Rahmen des Ambulant Betreuten Wohnens in Bayern zu dem Schluss, dass „durch das Angebot der Dienste... es keine Notwendigkeit für Menschen mit geistiger Behinderung (gibt – die Verf.), die allgemeinen Angebote des Gemeinwesens zu nutzen.“ Damit gehen vergleichbare Sichtweisen anderer Studien einher (Forschungsgruppe IH-NRW 2008, Seifert 2010), wonach die Teilnahme an Freizeit- und Bildungsangeboten durch Behindertenhilfeeinrichtungen (einschließlich ambulante Dienste) nach wie vor überwiegt oder Angebote im Freizeit-, Bildungs- und Kulturbereich im Gemeinwesen in der Regel gesondert und selten inklusiv erfolgen.

Perspektiven

In Anbetracht der bisherigen Projektergebnisse, der Erfahrungen und Probleme wird perspektivisch ein längerfristiger Veränderungs-, Mobilisierungs- und Unterstützungsbedarf zur Nutzung von allgemeinen, öffentlichen Angeboten in der Erwachsenenbildung und einer umfassenderen inklusiven Erwachse-

nenbildung auch im VHS-Bereich einzukalkulieren sein. Für die Weiterentwicklung einer inklusiven Erwachsenenbildung werden folgende Faktoren dienlich und unverzichtbar sein:

- der durch das Projekt in der VHS Region Kassel angestoßene Organisationsentwicklungsprozess auf der strukturellen Ebene, z. B. Unterstützungsanforderung auf der Anmeldekarte sowie eine Sensibilisierung der haupt- und nebenberuflichen Mitarbeiter/innen;
- Kooperation und Vernetzung mit Einrichtungen der Behindertenhilfe, deren Förderung bzw. Unterstützung von inklusiven Angeboten an der VHS und Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit;
- fortdauernde Begleitung und Unterstützung durch den eingerichteten Arbeitskreis als unterstützendes regionales Netzwerk;
- weitere intensive Ermunterung zur Teilhabe an öffentlicher Erwachsenenbildung durch Medien sowie insbesondere durch persönliche Information und Beratung von Mitarbeitern der Einrichtung der Behindertenhilfe;
- finanzielle Ressourcen zur Gewährleistung von Unterstützungsleistungen wie etwa Assistenz, Fahrdienste oder Dolmetscherkosten.

Literatur

- BABILON, R. (2010): Inklusion: Ferne Utopie oder konkretes Programm? In: Heß / KAGEMANN-HARNACK / SCHLUMMER (Hrsg.), 70-77
- BARZ, H. (2000): Weiterbildung und soziale Milieus. Neuwied, Krieffel
- FAULSTICH, P. / ZEUNER, C. (1999): Erwachsenenbildung. Eine handlungstheoretische Einführung in Theorie, Didaktik und Adressaten. Weinheim u. a.
- FEUSER, G. (1998): Lebenslanges Lernen für Menschen mit geistiger Behinderung – Selbstbestimmung und Integration. Vortrag am 11.6.1998 anlässlich der bundesweiten Tagung „Dialoge“, veranstaltet vom Martinsclub Bremen e. V., in Bremen. Online im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/texte/lllernen.html> [24.1.2002]
- FORSCHUNGSGRUPPE IH-NRW (2008): Selbständiges Wohnen behinderter Menschen. Individuelle Hilfen aus einer Hand. Abschlussbericht der ZPE-Forschungsgruppe an der Universität Siegen zum IH-NRW-Projekt im Auftrag des Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen. Siegen
- HANSLMEIER-PROCKL, G. (2009). Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung. Empirische Studie zu Bedingungen der Teilhabe im Ambulant Betreuten Wohnen in Bayern. Bad Heibrunn
- HEß, G./ KAGEMANN-HARNACK, G./ SCHLUMMER, W. (Hrsg.) (2010): Wir wollen – wir lernen – wir können! Erwachsenenbildung, Inklusion, Empowerment. Marburg 2008
- KLAFKI, W. (1996): Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. 5. Auflage, Weinheim u. a.
- LINDMEIER, C. (2003): Integrative Erwachsenenbildung. In: Magazin, IV, 28-35
- SCHRÖDER, H. (1997): Teilnehmer und Teilnehmerschwerd als Problem der Erwachsenenbildung. Stuttgart
- SEIFERT, M. (2010): Kundenstudie. Bedarf an Dienstleistungen zur Unterstützung des Wohnens von Menschen mit Behinderung. Abschlussbericht, Berlin
- THEUNISSEN, G. (2009): Empowerment und Inklusion. Freiburg i.Br. (2. Aufl.)
- TIPPELT, R. (Hrsg.) (1999): Handbuch Erwachsenenbildung, Weiterbildung. Opladen (2. Aufl.)
- UN – UNITED NATIONS (2006): Final report of the Ad Hoc Committee on a Comprehensive and Integral International Convention on the Protection and Promotion of the Rights and Dignity of Persons with Disabilities. Online im Internet: <http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N06/645/30/PDF/N0664530.pdf?OpenElement> [10.5.2010]

Matthias Windisch
Dr. phil., Dipl. Sozialwirt
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Fachgebiet Behinderung und Inklusion
Institut für Sozialwesen / Fachbereich
Humanwissenschaften
Universität Kassel
34109 Kassel
windisch@uni-kassel.de

Elfriede Schäth, Dipl. Sozialpädagogin
Programmbereichsleiterin vhs Region
Kassel
Koordinatorin Bildungsberatung
Hesencampus Kassel
Raiffeisenweg 2
34466 Wolfhagen
elfriede-schaeth@landkreiskassel.de

Gemeinsam Brücken bauen – gelebte Inklusion an der Volkshochschule Offenburg

Ein Erfahrungsbericht

An der Volkshochschule Offenburg wird seit einigen Jahren versucht, Inklusion zu leben. In Zusammenarbeit mit den Offenen Hilfen der Lebenshilfe Offenburg-Oberkirch wurde 2007 ein Projekt gestartet, das zum Ziel hat, Inklusion für Menschen mit Behinderung in der Erwachsenenbildung zu verwirklichen. Nach einigen Vorüberlegungen wurden passende Strukturen und Abläufe gesucht. Viele positive Erfahrungen und Rückmeldungen bestätigen die Beteiligten in ihrer Arbeit; Probleme und Schwierigkeiten erfordern immer wieder Verbesserungen und spornen an.

Vorgeschichte

Am Anfang stand zunächst eine Anfrage der Offenen Hilfen der Lebenshilfe Offenburg-Oberkirch e. V.: Die Einrichtung kam auf die Volkshochschule zu, um ihr umfangreiches Freizeitprogramm für Menschen mit Behinderungen um Veranstaltungen zu erweitern, die von der Volkshochschule geplant und durchgeführt werden sollten. Gedacht war zunächst an Angebote exklusiv für Menschen mit Behinderungen. Nach einem Kennenlernen der Einrichtungen wurden von der VHS Offenburg erste Vorschläge unterbreitet und man vereinbarte eine Kooperation. Günstig wirkte sich bei der neuen Zusammenarbeit aus, dass eine Mitarbeiterin der Offenen Hilfen auch als Kursleitende bei der Volkshochschule tätig war. Eine der ersten gemeinsamen

Veranstaltungen war ein Vortrag mit dem Titel „Menschen mit Behinderung. Die inklusive Gesellschaft – eine neue Vision – oder schon Realität?“ Neben einem Impulsreferat kamen auch Menschen mit Behinderung zu Wort und erläuterten ihre Wünsche und Bedürfnisse. Der gut besuchte Vortrag war Impuls im wahrsten Sinn des Wortes: Mitarbeiter der Volkshochschule waren von der Idee einer inklusiven Gesellschaft begeistert. Gemeinsam mit den Offenen Hilfen wollte man Gehörtes baldmöglichst umsetzen.

Nach Recherchen entstanden Kontakte zur Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung (GEB) und zu erfahrenen Referenten im Kontext Erwachsenenbildung und Behinderung.

Ziel und Voraussetzungen

Die Ziele unseres Projektes lassen sich kurz so umschreiben: Gemeinsam wollen wir erste Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft vorleben. Voraussetzung dafür ist unserer Meinung nach, dass wir davon ausgehen und vermitteln, dass Behinderung eine besondere Eigenschaft einer Person ist und zu ihr gehört wie Charakter, Körperbau, Ausbildung etc. Jedes Mitglied unserer Gesellschaft hat Stärken und Schwächen, auf die KursleiterInnen eingehen müssen und die auf das Geschehen des Kurses einwirken. Natürlich ist es wichtig, diese Besonderheiten zu erkennen, aber Behinderung

Manuel
Yupanqui



sollte nicht als einziges Merkmal beachtet werden oder gar – quasi stigmatisierend – notiert und angemerkt werden; sprich: Wir wollen Teilnehmende nicht in Menschen mit und ohne Behinderung kategorisieren.

Natürlich sollen Menschen mit mehrfacher Behinderung und starken Einschränkungen an regulären Kursen der Volkshochschule teilnehmen können. Hier sind dann betreuende Begleitpersonen wichtig, die nach dem Motto „sei meine Hand, sei mein Fuß etc.“ quasi eine Ergänzung der angemeldeten Person mit Behinderung darstellen.

Erste Schritte

Gemeinsam mit den Offenen Hilfen überdachten wir das Vorgehen: In einem ersten Schritte wählten wir gemeinsam Kurse aus den Bereichen Kreativität und Gesundheit aus. Diese wurden von den Offenen Hilfen in Einfachsprache übersetzt und mit Bildern versehen ins Programm der Lebenshilfe aufgenommen. Das Programm wurde an alle KundInnen der Lebenshilfe verteilt. Mit einer Fortbildung zum Thema Inklusion wurde den Kursleitenden der Volkshochschule eine Einführung angeboten. Wir erläuterten u. a., dass Teilnehmende mit und ohne Behinderungen annähernd gleiche Aufmerksamkeit von Seiten der Kursleitenden erfahren sollten.

Somit versuchten wir, eine Normalität für die Teilnehmenden mit Behinderungen zu schaffen und eine Gewöhnung der Kursleitenden und Teilnehmenden ohne Behinderungen an diesen Schritt in Richtung einer inklusiven Gesellschaft zu erreichen.

Wir traten mit dem Thema an unsere Teilnehmenden heran, an unsere Kursleitenden

und an die Öffentlichkeit. Gemeinsam mit den Offenen Hilfen und einer Fachreferentin aus dem Bereich Erwachsenenbildung und Behinderung planten wir weitere Vorträge und Fortbildungen. In unserem Programmheft und in der Presse versuchten wir Werbung für das Inklusionsprojekt zu machen. Die Rückmeldungen waren etwas verhalten.

Erste Erfahrungen

Da sich anfangs die Teilnehmenden mit Behinderung gleich bei der VHS anmeldeten, konnten wir nicht immer feststellen, ob und in welchem Kurs gerade reibungslos Inklusion stattfand. Ab und zu gab es Rückmeldungen von Kursleitenden, dass Teilnehmende auf Grund ihrer Behinderungen aufgefallen waren oder sich als KundInnen der Lebenshilfe zu erkennen gegeben hatten. Wo es bekannt wurde, gab es überwiegend positive Rückmeldungen: Die Kursleitenden waren zuvor angewiesen worden, alle Teilnehmenden möglichst gleich zu behandeln. Die Teilnehmenden ohne Behinderungen fanden das Inklusionsprojekt sogar sinnvoll und „längst notwendig“.

In einer späteren Phase merkten wir, dass einige Menschen mit Behinderungen sich überschätzt hatten. Daher änderten wir das Anmeldeverfahren dahingehend, dass die Offenen Hilfen der Lebenshilfe, die ihre KundInnen besser kannten, die Anmeldungen sammelten, durchsahen, ggf. nachsteuerten und an uns weiterleiteten. Die Kursleitenden erfuhren nur im Fall einer Begleitperson von einer Anmeldung aus dem Bereich der Lebenshilfe, damit sie sich organisatorisch darauf einstellen konnten. Den Teilnehmenden gegenüber wurde nichts geäußert.

Allerdings kamen wir in der Praxis

immer wieder an Grenzen. Doch die Probleme, die auftraten, waren im Verhältnis auch nicht häufiger als bei Teilnehmenden ohne bekannte Behinderungen. So gab es z. B. eine Teilnehmende mit Behinderung, die in einem Bewegungskurs angemeldet war, dann aber während des Unterrichts die Mitarbeit verweigerte oder in einem anderen Fall eine stark übergewichtige Person mit Behinderung, die die Übungen der Wirbelsäulengymnastik auf Grund ihrer Körperfülle nicht durchführen konnte. Der Unterschied in der Problemlösung war oft nur der, dass ein Gespräch nicht nur mit den Teilnehmenden, sondern auch mit dem Kooperationspartner bzw. der betreuenden Begleitperson notwendig wurde.

Begleitpersonen

Schwierigkeiten bereiteten hin und wieder betreuende Begleitpersonen. Da wir die Begleitpersonen ja als Unterstützung der Teilnehmenden mit Behinderung, quasi als Ergänzung der einen und nicht als zusätzliche Person sehen, berechnen wir für eine Begleitung keine Kursgebühren. Lediglich bei Kochkursen werden die Lebensmittel, die beim anschließenden gemeinsamen Essen auch von der Begleitperson verzehrt werden, in Rechnung gestellt. Aber auch dieser zusätzliche Betrag erwies sich in manchen Fällen als Hürde.

Die einzige Wirkliche Beschwerde von einer Kursleiterin war überraschenderweise nicht über einen Teilnehmenden mit Behinderung, sondern über die Begleitperson: Diese hatte in einem EDV-Kurs gestört, weil sie während des Kurses andere Schreibarbeiten erledigt und gelesen hatte.

Nächster Schritt

Gute Erfahrungen konnten wir in einigen Kreativkursen, in Kochkursen, Entspannungskursen und auch in Bewegungsangeboten machen.

In einem weiteren Schritt versuchten wir, uns in den Bereichen Sprachen und EDV-Seminare auf die Zielgruppe etwas einzustellen. Wir planten Kurse, die nach dem Motto „Schritt für Schritt“ ein anderes Lerntempo vorsahen. Diese sind gedacht für jeden, der nicht prüfungsorientiert in einem bestimmten Zeitraum ein Lernpensum erfüllen will, sondern sich Zeit nehmen möchte. Als mögliche Zielgruppe sahen wir neben Menschen mit Behinderungen u. a. Senioren; wir wussten aber auch von anderen Teilnehmenden, die sich für ein derartiges Konzept interessierten.

Es meldeten sich dennoch nur wenige Teilnehmende zu Sprach- und EDV-Kursen aus der Reihe „Schritt für Schritt“ an. Bei den Kursen, die zustande kamen, bekamen wir wieder ähnliche positive Rückmeldungen: Teilnehmende mit Behinderungen genossen es, einen „normalen“ Kurs zu besuchen, Teilnehmende ohne Behinderungen und die Kursleitenden empfanden es als normal oder interessant und richtig, so Inklusion zu leben.

Fachtag und anregende Rückmeldungen

Wie berichtet, hatten wir nach den ersten Erfahrungen Kontakt zu einer Fachreferentin aufgenommen. Wir schilderten ihr gemachte Erfahrungen und aufgetretene Probleme. Die Referentin zeigte sich überrascht von unserem Konzept und vor allem von der Tatsache, dass wir tatsächlich versuchten, dieses umzusetzen. Bis

zu dem Zeitpunkt waren wir davon ausgegangen, dass praktische Erfahrungen zum Thema Inklusion zuhauf vorlagen. Dem war wohl nicht so, so dass wir eine Einladung erhielten, das Offenburger Projekt auf einem Fachtag der GEB in Rottenburg o. d. T. vorzustellen. Es war ein sehr interessanter Austausch und wir haben viele Anregungen mitgenommen. Auf die Vorstellung unseres Projektes hin kam die von vielen geäußerte Bitte, weiterhin eher auf der praktischen Ebene zu arbeiten und nicht zu viel Zeit und Energie in theoretische Überlegungen zu verwenden. Diese Rückmeldungen und Anregungen waren für uns Ansporn, uns wieder an die Arbeit zu machen.

Aktuelles

Bei den Offenen Hilfen der Lebenshilfe Offenburg-Oberkirch konnte 2009 die Stelle einer „Brückenbauerin“ geschaffen werden. Ziel war und ist es, eine Brücke in die Gemeinde zu bauen und die Inklusion an vielen Stellen anzuregen und voranzutreiben.

Bei Überlegungen zu einem weiteren Vorgehen im Rahmen des Projektes zeigte sich, dass sowohl in Seniorenkursen als auch bei den KundInnen der Lebenshilfe ein Bedarf an Gymnastik im Sitzen bestand. Wir organisierten einen derartigen Kurs und der erste Termin startete mit vier „älteren Damen“ ohne Behinderungen und vier Teilnehmenden mit Behinderungen; eine versierte Physiotherapeutin leitete den Kurs.

Zu unserer Überraschung meldeten sich gleich nach dem Kurs die „älteren Damen“ und gaben die Rückmeldung,

dass der Kurs sehr gut war und die Kursleiterin mehr als ihren Erwartungen entsprach. Sie gaben aber ebenfalls äußerst kritische Anmerkungen: Wir müssten auch verstehen, dass sie sich morgens hier trafen, um fröhlich den Tag zu beginnen, und das könnten sie nicht, wenn sie dann die bedauernswerte Situation der Teilnehmenden mit Behinderungen sehen müssten. Wir versuchten, Verständnis für das Thema Inklusion zu wecken. Wir mussten aber auch erkennen, dass die Damen zu einer Generation gehören, in der Behinderung noch als Makel, womöglich vielleicht sogar als selbst verschuldet angesehen wurde. Sie haben bisher wohl nur in einem sehr exklusiven Umfeld gelebt. Wir waren gezwungen, den Kurs zu teilen.

Ausblick

Wir werden weiterhin bei Teilnehmenden und in der Öffentlichkeit für gelebte Inklusion werben und versuchen, diese in Zusammenarbeit mit den Offenen Hilfen der Lebenshilfe vorzuleben. Besonders bei Fortbildungen von Kursleitenden werden wir Überzeugungsarbeit leisten. Gemeinsam mit diesen und unserem Kooperationspartner werden wir unsere Abläufe durchdenken und verbessern – und weitere Erfahrungen sammeln: Schritt für Schritt und gemeinsam Brücken bauen auf dem Weg zu einer inklusiv(er)en Gesellschaft.

*Manuel Yupanqui
Abteilungsleitung Allgemeinbildung,
Gesundheitsbildung, Keramik
Volkshochschule Offenburg
Manuel.Yupanqui@vhs-offenburg.de*

„Sommerschule Ulm“ – Bildung für alle an der Ulmer Volkshochschule

Die Idee

Was im Sommer 1999 als ein Projekt mit genau zehn Kursen begann, hat sich im zwölften Jahr als festes Angebot an der Ulmer Volkshochschule etabliert: Die „Sommerschule – Bildungskurse für Menschen mit geistiger Behinderung“. Unter dem Leitgedanken „Vom Recht aller, alles über die Welt zu erfahren, was ihnen wichtig ist“ gibt es neben Kreativkursen – wie Malen, Tonen oder Theater – Kurse zum Einüben alltagspraktischer Fertigkeiten, etwa Kochen, Lesen und Schreiben, Umgang mit Geld oder Internet und E-Mail. Darüber hinaus bestehen Angebote im Bereich von Geschichte / Gesellschaft / Politik, etwa „Menschen mit Behinderung im Nationalsozialismus“, Kommunalpolitik oder Aktive Bürgerbeteiligung. Fortbildungen für Heim- und Werkstatträter und Kurse wie „Richtig Streiten“ oder „Englisch ganz einfach“ ergänzen das Programm. Mit einem Satz: Es existiert die breite Palette an Kursen und Lernmöglichkeiten, wie sie eine Volkshochschule auch für sogenannte nicht-behinderte Menschen traditionellerweise anbietet. In jedem Jahr sind das etwa 15 Bildungskurse, in denen behinderte Menschen all das oder doch zumindest einiges von dem lernen können, was ihnen wichtig ist.

Die Frage der Zielgruppe

Zugegeben, um gleich vorweg den Punkt anzusprechen, der uns auch immer wieder beschäftigt: Es sind Kurse für eine besondere Gruppe, eine „Zielgruppe“,

eben Menschen mit geistiger Behinderung. Und damit ist das Angebot noch weit entfernt vom Anspruch, „Bildung für alle“ bzw. „Bildung für alle gemeinsam“ zu realisieren. Doch auch hier hat die Volkshochschule bereits einige Erfahrungen gesammelt: Es werden im „ganz normalen“ Semesterprogramm Computer- und Kochkurse ausgeschrieben, an denen – auf Wunsch mit einer Assistenzperson – Menschen mit Behinderung teilnehmen. Zudem hat die Volkshochschule schon mehrfach im Rahmen ihrer internen Fortbildungen für Dozentinnen und Dozenten Kurse zum Thema „Wie gestalte ich integrative Angebote“ organisiert. Absicht ist, „ganz normale“ Kursleiterinnen und Kursleiter auf behinderte Teilnehmer vorzubereiten.

Davon abgesehen: Grundsätzlich steht jeder Kurs der Volkshochschule Jeder und Jedem offen. Wahr ist allerdings auch: Die Realität ist eine andere, nicht nur im Hinblick auf Menschen mit Behinderung.

Die Finanzierung

Und wenn wir schon bei der Realität angekommen sind: Wer bezahlt das eigentlich alles? Bildung kostet Geld und wir meinen, dass sie uns das auch wert ist bzw. wert sein sollte. Trotzdem bleibt, dass die Kurse für die Teilnehmenden bezahlbar sein müssen. Grob gerechnet, teilen sich die Kosten zu jeweils einem Drittel auf in Teilnehmergebühren, Spenden und Zuschüsse sowie Eigenmittel der Volkshochschule. Gerade Letzteres ist in Zeiten der Budgetierung und Mittelkürzung

Lothar Heusohn



Franz Schweitzer



alles andere als selbstverständlich und zeigt auf sehr konkrete Weise den Willen der Verantwortlichen, den Anspruch nach „Bildung für alle“ nicht nur auf dem Papier stehen zu lassen.

Das Engagement

Dieses Engagement zeigt sich ebenfalls in der Beteiligung der Volkshochschule an mehreren Projekten der Europäischen Union im Feld der Bildungsarbeit für Menschen mit Behinderung: Von 2002 bis 2004 lief das Projekt „mo.bi.le“ – „Modelle der Bildung und des Lernens“, von 2005 bis 2007 „Englisch ohne Grenzen – Barrierefreies Lernen von Fremdsprachen für Menschen mit Lernschwierigkeiten“ und von 2005 bis 2008 schließlich „Gemeinsam – Aktive Bürgerbeteiligung für Menschen mit geistiger Behinderung“. Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern aus Österreich, den Niederlanden, Rumänien, Schweden, Finnland, Estland, Spanien und Großbritannien wurden Kursmaterialien konzipiert, praktisch erprobt und für interessierte Institutionen und Kursleiter/innen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt. Das Projekt „Gemeinsam“ zur aktiven Bürgerbeteiligung von Menschen mit geistiger Behinderung wurde von der deutschen „Nationalen Agentur Bildung für Europa“ im Oktober 2009 aufgrund der „sehr guten Konzeption und fachwissenschaftlich fundierten Grundlage sowie ihrer hohen Praxisrelevanz“ (so Prof. Reinhold Weiß, ständiger Vertreter des Präsidenten des Bundesinstituts für Berufsbildung – BiBB, in seiner Laudatio) mit dem Ersten Preis im Feld der allgemeinen Erwachsenenbildung (Programm GRUNDTVIG) ausgezeichnet. Das Projekt „English without Frontiers“

erhielt im Mai 2009 in Prag anlässlich einer europäischen Konferenz über „Kreativität und Innovation – Europäische Erfolgsgeschichten“ von Jan Figel, EU-Kommissar für Bildung und Kultur, den Ersten Preis als innovativstes europäisches Projekt im Programm „LINGUA“. Keine Frage: Darauf sind wir schon ein wenig stolz...

Aber Stolz alleine hilft nicht entscheidend weiter. Deshalb ist es wichtig festzuhalten: Über den Stolz hinaus haben die Preise erheblich dazu beigetragen, das Projekt „Sommerschule“ finanziell und politisch an der Institution Volkshochschule und darüber hinaus in der Stadt Ulm in Richtung auf einen nicht mehr wegzudenkenden Teil der Ulmer Bildungslandschaft weiter zu entwickeln.

Die Rahmenbedingungen

Zurück zur Sommerschule und ihren Teilnehmenden und Kursleitern. Für uns ist es ein ganz wichtiger Aspekt, dass die überwiegende Zahl der Kurse im Gebäude der Volkshochschule selbst stattfindet, das heißt dort, wo auch viele andere Menschen Kurse besuchen. Man trifft sich: im Foyer, im vh-Café, Begegnungen finden statt, Kontakte werden geknüpft. Auch das ist ein kleiner Teil von beabsichtigter und gelebter Inklusion. Die andere Seite: Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer brauchen Begleitung, um überhaupt zu den Kursen kommen zu können. Immer wieder ist dies für die Wohnheime und für viele Eltern ein nicht zu unterschätzender organisatorischer Aufwand. Manche Interessierte können so nicht an einem Kurs teilnehmen, weil sie keine Begleitmöglichkeiten finden. Auch hierin liegt ein Stück Realität.

Die Gruppe der Menschen mit geistiger Behinderung ist höchst differenziert. Die geistigen Einschränkungen unterliegen mannigfachen Ursachen, die Lernpotenziale und -profile weichen beträchtlich voneinander ab. Viele Menschen dieses Kreises verfügen aufgrund der bisherigen Lebenserfahrungen weder über das umfassende Bewusstsein noch über das Selbstvertrauen, eine aktive Rolle in der Gestaltung ihres Lebens zu spielen. Es ist ein Leben, das bisher stark von Fremdbestimmung geprägt war (und oft genug auch noch ist). Eine solche Erfahrung lässt die Vorstellung und reale Erfahrung von Selbstorganisation und gemeinsamem Lernen in der Regel nur schwer entstehen. Insofern muss es für Kursleiterinnen und Kursleiter von elementarer Bedeutung sein, genau diese Erfahrung gleich zu Beginn aller Kurse und Seminare entstehen und wachsen zu lassen: Nämlich die Erfahrung der Freude am gemeinsamen und gleichberechtigten Lernen und Arbeiten in einer Gruppe. Und auch hier gibt es eine andere Seite, denn immer wieder gilt es, schwierige Gruppensituationen zu meistern, einzelne Teilnehmer/innen mit „schwierigem Verhalten“ in der Gruppe und beim Lernen zu halten. Oder auch ganz banal eine halbe Stunde auf den verspäteten Fahrdienst nach Kursende zu warten. Dies alles ist nur zu leisten, weil sich die Dozentinnen und Dozenten der Sommerschule weit über das normale Maß hinaus engagieren und in starkem Maße ihre fachlichen und persönlichen Kompetenzen einbringen. Als Grundgerüst bedarf es bestimmter Rahmenbedingungen. Die Kurse sind je nach Inhalt und Thema in der Regel auf sechs Teilnehmende beschränkt und werden von zwei Kursleiter/innen geleitet. Dies hat sich als sinnvoll erwiesen, um Bildungsinhalte sowohl gemein-

sam in einer überschaubaren Gruppe als auch individuell vermitteln zu können. Und möglichst „passgenau“ persönliche Voraussetzungen, Lernerfahrungen und -potenziale sowie Interessen zu treffen.

Die Kursleitenden

Damit sind wir bei einem nächsten zentralen Aspekt angelangt, nämlich der Qualifikation der Kursleitenden. Als ideale Konstellation hat sich eine Kombination aus thematischer Fachlichkeit und behindertenpädagogischer Erfahrung gezeigt. Ein konkretes Beispiel: Eine ausgebildete Kochlehrerin unterrichtet zusammen mit einem Heilpädagogen Kochen. Nicht immer ist das allerdings auf diese Weise möglich, daher hat die Volkshochschule bereits mehrere Fortbildungstage für Kursleiter/innen und Interessierte durchgeführt.

Das Programm

Die Kurse der Sommerschule erscheinen jedes Jahr im allgemeinen Programmheft für Frühjahr/Sommer der Volkshochschule. Auch damit soll sichtbar werden, dass es „ganz normale“ Kurse sind, die da angeboten werden, ein „ganz normaler“ Teil des Bildungsprogramms.

Da viele behinderte Menschen jedoch nicht lesen können, veröffentlichen wir die Kurse zusätzlich in einem Programmheft in leichter Sprache und mit unterstützenden Symbolen. Kombiniert mit einem vereinfachten Anmeldeverfahren wollen wir es so ermöglichen, dass behinderte Menschen so selbstständig wie möglich Kurse auswählen und belegen können. Wichtig ist, dass eine zeitnahe Rückmeldung darüber erfolgt, ob der Platz im

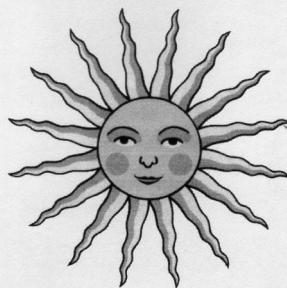
Kurs tatsächlich sicher ist. Denn auch dies ist ein „normaler“ Lerneffekt: Die Abgabe einer Anmeldung bedeutet noch nicht, dass der Platz real besetzt werden kann. Und noch etwas ist wichtig: Da jeder Mensch vergesslich ist oder „Pannen“ in der Informationsweitergabe entstehen können, ist es hilfreich, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einige Tage vor Kursbeginn ein Merkblatt zugeschickt bekommen.

Wenn letztlich alles ineinander greift und so läuft, wie es soll, dann lassen sich Sätze hören wie die folgenden: „Ich kann etwas für mich selbst ausprobieren und mir erst dann Hilfe holen, wenn ich es selbst möchte.“ „Den Weg habe ich am zweiten Tag ganz alleine gefunden.“ Oder: „Ich melde mich auf jeden Fall nächstes Mal wieder an.“ Dann, so meinen wir, zeigt sich, dass wir auf einem richtigen Weg sind.

Lothar Heusohn
Ulmer Volkshochschule
Fachbereichsleiter Politik-Gesellschaft-
Umwelt
heusohn@vh-ulm.de

Franz Schweitzer
Behindertenheim Tannenhof Ulm

Ulmer Volkshochschule



SOMMER SCHULE

Bildungskurse

für Menschen
mit geistiger Behinderung
oder Lernschwierigkeiten

... aus Ulm und Ulm herum

Bildung für alle

Wie gehen Volkshochschulen mit dem Thema geistige Behinderung um?

Hinweise aus einem Seminarprojekt

Volkshochschulen bieten eine Vielzahl von Angeboten im weiten Feld der Erwachsenenbildung an. Die Angebote erstrecken sich über Sprach-, Foto- und Töpferkurse bis hin zu Schriftspracherwerbskurse für Erwachsene. Die gesamte Themen- und Angebotspalette wird insgesamt im Volkshochschulverband in folgender Systematik organisiert – auch für die statistische Erfassung der Angebote und Nachfragen: Die Kursveranstaltungen umfassen die Bereiche „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, Gesundheit, Sprachen, „Arbeit – Beruf“ sowie „Grundbildung – Schulabschlüsse“ (vgl. Huntemann / Weiß 2010).

Der Begriff Erwachsenenbildung impliziert die Annahme, dass mit diesem Angebot tatsächlich alle erwachsenen Menschen die Möglichkeit erhalten, sich nach eigenen Wünschen weiterzubilden. Zu entsprechenden Angeboten haben sich die Volkshochschulen verpflichtet. So ist „Weiterbildung für alle!“ auch das Motto des größten europäischen Weiterbildungskongresses 2011, der im Mai im Berliner Congress Centrum (bcc) vom Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. veranstaltet wird (vgl. auch Beitrag Schlummer: „Grundsätzlich der richtige Weg“ in diesem Heft).

„Das klingt nicht unbedingt neu, ist aber politisch brennend aktuell. Das Motto fordert den chancengerechten Zugang zu Weiterbildung. Niemand darf – etwa aufgrund seiner finanziellen Möglichkeiten – ausgeschlossen werden. Jeder verdient die Chance, Versäumtes nach-

zuholen. Implizit appelliert das Motto auch daran, eine ausreichende Förderung für die gesamte Palette der Weiterbildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Und es ordnet sich in den internationalen Kontext des UNESCO-Programms „Education for All“ ein, in dem sich 164 Länder verpflichtet haben, bis 2015 einen deutlich verbesserten Zugang zu Bildung zu realisieren.“ (DVV 2011) Diese Aussagen klingen wie aus einer programmatischen Rede. Sie zeigen aber gleichzeitig auch den in der Praxis noch zu gehenden Weg auf.

Ein Seminarprojekt

Für die Realität stellt sich nun in der Tat die Frage, ob alle erwachsenen Menschen einbezogen werden – zum Beispiel auch Menschen mit einer geistigen Behinderung. Im Rahmen eines Seminarprojektes an der Universität zu Köln ging eine Gruppe von Studierenden dieser Frage nach. Die Projektgruppe untersuchte mit einer kleinen Pilotstudie: Wie gestalten Volkshochschulen Angebote für Menschen mit einer geistigen Behinderung? Bestehen überhaupt Angebote?

Um dieser Frage weiter nachzugehen, wurde eine kleine Umfrage an 13 Volkshochschulen in ganz Deutschland durchgeführt. Die Umfrage bestand aus einem kurzen Informationsschreiben und einem Fragebogen, der elf Fragen beinhaltete und in Form eines Word-Dokumentes ausgefüllt werden konnte. Auf diese Weise sollte ein möglichst geringer

Nadja
Goldmeyer

Jens
Greffin

Thurid
Hille

Carolin
Ulrich

Arbeits- und Zeitaufwand bei der Beantwortung gewährleistet sein.

Auf folgende Aspekte ging die Befragung ein:

- Erfahrungen mit Menschen mit geistiger Behinderung (MmgB) innerhalb der Kurse
- Nachfragen von MmgB über Kursangebote
- Möglichkeit der Teilnahme an allen Angeboten für MmgB und das Vorhandensein spezieller Angebote für diese Zielgruppe
- Angebote über das Thema geistige Behinderung und beratende Angebote für Angehörige
- Angebote und Informationen in einfacher Sprache
- Spezielle Aufklärung über die Möglichkeiten der Kursteilnahme für MmgB
- Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit Einrichtungen der Behindertenhilfe, die MmgB betreuen (WfbM, Wohneinrichtungen, etc.)
- Zukünftige Planungen der Volkshochschulen in Bezug auf Angebote für MmgB

Bei der Zufallsstichprobe wurde darauf geachtet, dass Volkshochschulen aus Großstädten, kleineren Städten und ländlichen Gebieten berücksichtigt wurden. So sollten auch strukturelle Unterschiede in Bezug auf die potenzielle Berücksichtigung der Zielgruppe erfasst werden.

Hinweise aus der Befragung

Lediglich fünf der angeschriebenen Volkshochschulen beteiligten sich an der Umfrage. Die Auswertung der Fragebögen brachte u. a. folgende Hinweise und Erkenntnisse.

Beteiligung an der Befragung

Die geringe Beteiligung kann auf verschiedenen Aspekte zurückgeführt werden.

- Die Volkshochschulen beurteilen ihren Umgang mit Menschen mit geistiger Behinderung (selbst)kritisch und nehmen eventuell aus diesem Grunde nicht an der Befragung teil.
- Die Mitarbeiter der Volkshochschulen sind in ihrem Berufsalltag zu beschäftigt, um an der Befragung teilzunehmen.
- Das Anliegen und die Ziele der Umfrage werden eventuell nicht erkannt. Dementsprechend besteht kein Interesse an der Befragung bzw. an möglichen Ergebnissen.

Diese vorsichtig formulierten Erklärungen bedürfen einer intensiveren Auseinandersetzung, die nur im Rahmen einer größeren Stichprobe möglich sein kann.

Kooperationen

Bei der Auswertung der einzelnen Fragen sind vor allem Kooperationen zwischen Volkshochschulen und Organisationen für Menschen mit geistiger Behinderung aufgefallen. Die Volkshochschulen scheinen in Bezug auf ihre Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung großen Wert auf diese Kooperation zu legen und verweisen hier auf Partnerschaften bzw. die Zusammenarbeit mit Werkstätten, Lebenshilfen und ähnlichen Organisationen oder Vereinen.

Thema „Behinderung“

U. a. wurden auch Angebote abgefragt, die sich speziell mit dem Themengebiet Behinderung befassen. Hier gab nur eine VHS eine positive Rückmeldung. Die Problematik, dass solche Themenangebote grundsätzlich integrativ und für alle zugänglich unterbreitet werden, konnte durch die Befragung nicht erhellt

werden. So bleibt der Faktor der Aufklärungs- und Sensibilisierungsbedeutung unberücksichtigt.

Darstellung der Angebote

In der Auswertung ist die Tatsache aufgefallen, dass teilweise eine schlechte Strukturierung und eine schwierig zu durchschauende Komplexität der einzelnen Kursbeschreibungen bestehen. Dieser Umstand kann auf Menschen mit geistiger Behinderung abschreckend wirken. Die Motivation für ein vertiefendes Interesse wird möglicherweise dadurch genommen. Auch sollte ein spezieller Hinweis auf integrative Angebote und das Kennntlichmachen solcher Angebote das Erkennen eventueller Bedürfnisse bei Menschen mit geistiger Behinderung erleichtern. Hier könnten auch Angebote in leichter Sprache, wie sie nur vereinzelt angeboten werden, den Zugang und die Vermittlung von Informationen erleichtern. Eine Ausgrenzung von Menschen mit geistiger Behinderung kann durch ein Fehlen dieser Aspekte unbedacht erfolgen.

Erkenntnisse

Die Ergebnisse der Untersuchung ergeben bei den zu berücksichtigten Volkshochschulen Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede.

Strukturen

Zwar geben alle der rückmeldenden Städte an, dass sie innerhalb ihres Kursangebotes bereits in Kontakt mit Menschen mit geistiger Behinderung stehen; jedoch bieten lediglich drei Städte ein spezielles Angebot für den genannten Personenkreis an. Hier ist auffällig, dass dies insbesondere die Städte sind, die

in einer engen Kooperation mit einer Organisation für Menschen mit geistiger Behinderung arbeiten. Besonders hervorzuheben ist eine mittlere Großstadt, in der eine große Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung angesiedelt ist. Dort erstreckt sich das Angebot pro Semester über zwanzig Kurse.

Rahmenbedingungen

Nach Aussage der befragten VHS ist es zwar allen Menschen mit geistiger Behinderung prinzipiell möglich, alle angebotenen Kurse zu besuchen. Jedoch ist dies laut der Befragten durch fehlende Mobilität der Interessenten mit Behinderung und fehlendem begleitendem Fachpersonal oftmals nicht möglich. Des Weiteren äußern die Volkshochschulen, dass in den teilweise leistungsorientierten Kursen die Akzeptanz und Toleranz der anderen Kursteilnehmer gering sei und dass außerdem seitens der Dozierenden eine fachliche Ausbildung im Bereich Heilpädagogik fehle.

Perspektiven

Für zukünftige Planungen von Kursen können sich ausnahmslos alle befragten Volkshochschulen eine Bereitstellung von Kursen für Menschen mit geistiger Behinderung, eine Weiterentwicklung oder gar eine Vergrößerung des bereits vorhandenen Angebotes vorstellen. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, dass die Nachfrage von Menschen mit geistiger Behinderung aus nicht erkennbaren Gründen bisher sehr gering sei. Hier scheint eine noch engere Zusammenarbeit innerhalb bestehender oder neuer Kooperationen in Richtung Öffentlichkeitsarbeit vonnöten.

Resümee

Trotz der kleinen Stichprobe bzw. des geringen Rücklaufs ergibt sich der Eindruck, dass die Bereitschaft der Volkshochschulen, auch Menschen mit geistiger Behinderung als Teilnehmer in ihre Kursangebote aufzunehmen, grundsätzlich vorhanden ist. Es scheint allerdings auch so zu sein, dass den Volkshochschulen die Unterstützung für entsprechende Planungen und Umsetzungen fehlt. Auch kann erwähnt werden, dass es keine Unterschiede zwischen den Städten, hinsichtlich ihrer Lage oder Größe, gibt. Für die Zukunft wäre es wünschenswert, die bereits bestehenden Kooperationen zu intensivieren und nach neuen Kooperationspartnern für eine stärkere Berücksichtigung von teilnehmenden Menschen mit geistiger Behinderung zu suchen.

Literatur

DVV – Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. (Hrsg.) (2011): Homepage zum Volkshochschultag 2011. Online im Internet: URL: <http://www.volkshochschultag.de/start/> [04.03.2011]
HUNTEMANN, H. / WEIB, C. (2010): Volkshochschul-Statistik. 48. Folge, Arbeitsjahr 2009. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Online im Internet: URL: <http://www.die-bonn.de/doks/huntemann1001.pdf> [04.03.2011]

Nadja Goldmeyer

Jens Greffin

Thurid Hille

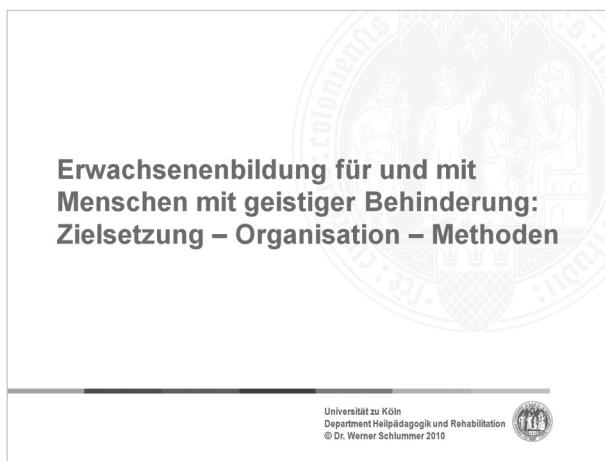
Carolyn Ullrich

Studierende im Lehramt

“Sonderpädagogik”

WS 2010, Universität zu Köln

Dozent: Dr. Werner Schlummer



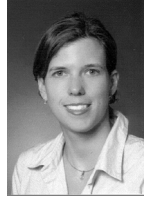
Lesen einmal anders

Erwachsenen mit geistiger Behinderung die Welt der Bücher eröffnen

Bedeutsame Lese- bzw. Literacy-Erlebnisse stellen im Leben von Erwachsenen mit geistiger Behinderung weiterhin eine Ausnahme dar. Dies ist zum Teil dem Vorurteil geschuldet, Menschen mit geistiger Behinderung könnten nicht lesen und seien nicht an Literatur interessiert. Das inklusive Leseprojekt LEA-Leseclub® zeigt, dass diese Annahme falsch ist. Eine durch gegenseitigen Respekt geprägte Atmosphäre in den Clubs eröffnet Menschen mit unterschiedlichen Lesekompetenzen neue Wege zur Welt der Bücher. Im Folgenden soll gezeigt werden, welche

Rolle das gemeindeorientierte Modell für die Leselust von Menschen mit geistiger Behinderung hat und wie es Menschen zusammen führt. Dazu wird zunächst der LEA-Leseclub® (ein Gemeinschaftsprojekt der Universität zu Köln und KuBus e. V.) vorgestellt. Anschließend werden die Implikationen der bisherigen wissenschaftlichen Begleitforschung diskutiert.

Anke
Groß-Kunkel



KuBus e. V. und die Entstehungsgeschichte der Leseclubs

Kulturelle Teilhabe und Bildung gehören zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen, sie tragen zur Entfaltung der Persönlichkeit bei und ermöglichen Lebensqualität – dies sind die Leitgedanken des Vereins KUBUS e. V., der auf der Grundlage gemeinsamer kultureller und bildender Erfahrungen Wege der Verständigung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung eröffnen will. KUBUS e. V. steht dabei für „Verein zur Förderung der Kultur, Bildung und sozialen Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung“. Zentrales Anliegen des Vereins ist es, das umfassende Teilhabegebot auf dem Gebiet von Kultur und Bildung durch die Teilhabe behinderter Menschen am kulturellen Leben der Gesellschaft zu verwirklichen. Derzeit leistet KUBUS e. V. in drei verschiedenen Projekten einen Beitrag zu einer „inklusive Gesellschaft“. Eines dieser Projekte ist der LEA-Leseclub®.



Foto: Philip Groß

Die Idee des LEA-Leseclubs® basiert auf dem amerikanischen Modell der „Next Chapter Book Clubs“, welches von Dr. Tom Fish an der Ohio State University entwickelt wurde. Mittlerweile bestehen in den USA mehr als 150 solcher book clubs. Für den deutschsprachigen Raum haben Professorin Dr. Barbara Fornefeld, Inhaberin des Lehrstuhls Pädagogik und Rehabilitation bei Menschen mit geistiger und schwerer Behinderung an der Universität zu Köln, und ich das Modell der Next Chapter Book Clubs modifiziert und an die deutschen Strukturen angepasst. Im Rahmen meiner Dissertation begleite ich die Erprobung in der Praxis wissenschaftlich. Durch eine dreijährige Förderung der Aktion Mensch kann KUBUS e. V. auch in Deutschland mit dem bundesweiten Ausbau von Leseclubs beginnen.

LEA-Leseclub® - Lesen Einmal Anders

Was ist anders beim Lesen im LEA-Leseclub? LEA ist ein Lesezirkel für Menschen mit und ohne Behinderung. Er möchte unterschiedlichen Personengruppen neue Literaturerfahrungen ermöglichen und soziale Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung eröffnen. Nicht die Lesekompetenz, sondern der Spaß am Lesen, an den Büchern und Geschichten stehen dabei im Vordergrund. Bislang blieb diese Form der kulturellen Teilhabe insbesondere Erwachsenen mit geistiger Behinderung, die nicht lesen können, verschlossen, obwohl Lesen in Deutschland einen hohen Stellenwert hat. LEA-Leseclubs® ermöglichen Menschen mit geistiger Behinderung unabhängig von



Foto: Jens Wagner-Brause

ihrer Lesekompetenz, sich die Welt der Bücher gemeinsam mit Menschen ohne Behinderung zu erschließen und an der kulturellen Gemeinschaft teilzuhaben. Die LEA-Leseclubs® basieren auf einem einfachen Prinzip. Einmal in der Woche treffen sich zwei ehrenamtliche Moderatoren und vier bis sechs Mitglieder mit Behinderung zum gemeinsamen Lesen. Die Treffen finden an einem öffentlichen Ort statt, zumeist in einem gemütlichen Café, in dem auch andere Besucher sitzen, sich unterhalten oder lesen und etwas trinken. Da sich die LEA-Leseclubs® jede Woche im selben Café treffen, werden sie nach einiger Zeit von dem Personal und anderen Stammgästen freundlich begrüßt und fühlen sich dort willkommen.

„Montags um 18 Uhr hat Marcel Brzezinski (39) aus Köln einen Termin, den er auf keinen Fall ausfallen lässt – auch wenn sein Arbeitstag anstrengend war. Montags geht Marcel Brzezinski ins KaffeeBRAUSE in der Kölner Südstadt. Weil dort der Kaffee so gut schmeckt und die Bedienung Annemarie schon weiß, dass ihr Gast ihn immer mit Süßstoff trinkt. Weil dort keiner doof schaut, wenn er das Café betritt – wie es ihm anderswo oft passiert. Vor allem aber, weil er dort andere Menschen trifft, die so viel Spaß am Lesen haben wie er.“ (Oster 2010, 106).

Neben der Café Atmosphäre motiviert das gemeinsame Lesen zur Teilnahme am Leseclub. Die LEA-Mitglieder legen meist schon während der Getränkebestellung ihre Bücher auf den Tisch und suchen die Stelle heraus, an der sie in der letzten Woche mit dem Lesen aufgehört haben. Nach einer kurzen Begrüßungs-

runde drängen meist schon einige Lesebegehrige darauf, endlich anzufangen. Reihum und abschnittsweise lesen nun die Mitglieder aus dem vor ihnen liegenden Buch laut vor. Anschließend sprechen sie gemeinsam mit den Moderatoren über das Gelesene und beziehen es auf das eigene Leben. Die Geschichten bleiben so nicht abstrakt, sondern bekommen einen direkten Bezug zur eigenen Lebenswelt.

„Zwischendurch stellt Moderatorin Brigitte Dünnebier Fragen zum Gelesenen: ‘Weiß jeder, was ein Schiffsbrüchiger ist?’ Daraus entspinnt sich ein Gespräch über den Film Titanic und über die Liebesgeschichte zwischen den beiden Helden Rose und Jack.“ (Oster 2010, 107).

Die Wahl für die gemeinsame Lektüre im Leseclub ist nicht immer einfach. Ausgangspunkt sind immer die Vorschläge der Lesenden. Auch ein gemeinsamer Besuch in der Stadtbibliothek kann neue Ideen für ein Buch aufwerfen. Selbstverständlich sind die Interessen der Mitglieder und Moderatoren im Leseclub unterschiedlich. Deshalb werden neben Klassikern auch Jugendbücher, Kurzgeschichten oder Märchen gelesen. Es zeigt sich, dass durch die gemeinsame Erarbeitung des Gelesenen auch schwierigere, nicht in einfacher Sprache geschriebene Bücher von Menschen mit Behinderung mit großem Interesse gelesen werden (vgl. Fornefeld/Groß 2010). Viele Mitglieder, die zu Hause nicht lesen, da ihnen dort der Inhalt oftmals verschlossen bleibt, zeigen Besuchern im LEA-Leseclub® mit Stolz das dicke Science-Fiction Buch, aus dem sie gerade lesen. Dennoch wäre es wichtig, eine größere Auswahl an Litera-

tur in einfacher Sprache zu haben, so dass den Mitgliedern für das Lesen außerhalb des LEA-Leseclubs® eine Lektüre bereitgestellt werden könnte, die ihren Wünschen und Bedürfnissen evtl. leichter entspricht.

Die ehrenamtlichen Moderatoren unterstützen neben dem inhaltlichen Verständnis zudem den Leseprozess von Mitgliedern, die Schwierigkeiten beim Lesen haben oder selber nicht lesen können. Dazu haben wir verschiedene Methoden entwickelt, die den Moderatoren während eines LEA-Trainings vermittelt werden. Auch für die Ehrenamtlichen gilt: nur der Spaß am Lesen, an den Büchern und Geschichten steht im Vordergrund, bestimmte Kenntnisse oder Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit Behinderung stellen keine Voraussetzung zur Teilnahme dar.

Auswirkungen der LEA-Leseclubs®

Die LEA-Leseclubs® haben vielfältige Auswirkungen auf gesellschaftliche und soziale Prozesse sowie auf das Menschenbild von Menschen mit Behinderung. Einige dieser Aspekte sollen im Folgenden angesprochen werden.

Es hat sich gezeigt, dass Lesen in einem öffentlichen Raum Menschen mit und ohne Behinderung auf der Grundlage des gemeinsamen Interesses an Büchern zusammenbringen kann. Dies stärkt zum einen die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe der Menschen mit Behinderung und unterstützt zum anderen das Engagement der ehrenamtlichen Moderatoren und ermöglicht ihnen einen neuen Blick auf die gelesenen Bücher. Daneben hat der gemeindeintegrierte Charakter im Leseclub nicht nur positive Auswirkungen auf das Leben der Mitglieder

mit Behinderung, sondern auch für die Gesellschaft. Der Kontakt zur Gemeinschaft ist durch den gemeinsamen Café Besuch hergestellt, Vorurteile wie „Menschen mit geistiger Behinderung können und wollen nicht lesen“ werden abgebaut. Das Bild von Menschen mit geistiger Behinderung in der Öffentlichkeit wird punktuell und positiv verändert, das gesellschaftliche Bewusstsein gegenüber Menschen mit Behinderung wird sensibilisiert (vgl. Fish/Graff/Groß 2009).

Die positiven Auswirkungen auf den unterschiedlichen Ebenen sowie die Reaktionen der Teilnehmer der LEA-Leseclubs® zeigen, dass es wichtig ist, gemeindeorientierte Leseangebote für Erwachsene mit geistiger Behinderung vermehrt anzubieten.

Nähere Informationen zum LEA-Leseclub® und weiteren KuBus-Projekten finden Sie auf: www.kubus-ev.de

Literatur

- FISH, Th. R. / GRAFF, V. / GROß, A. (2009): Next Chapter Book Club: Lifelong learning and community inclusion. In: HEWARD: Exceptional children: An introductory survey of special education. 9th. NJ: Merrill/Prentice Hall.: Upper Saddle River, 594-595.
- FORNEFELD, B. / GROß, A. (2010): Wer schreibt, will auch gelesen werden. Lea Leseclub für Menschen mit geistiger Behinderung. In: INCKMANN / RATH / RÖTTGERS / TELGER (Hrsg.): gedankenschwer und federleicht. Texte, Gedichte und Zeichnungen im Kontext der Psychiatrie. Münster: Alexianer.
- OSTER, J. (2010): Lesen. In: Menschen DAS MAGAZIN. 2, Aktion Mensch, 106-107

*Dipl. Heilpäd. Anke Groß-Kunkel
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Lehrstuhl Pädagogik und Rehabilitation
bei Menschen mit geistiger und schwerer
Behinderung
Universität zu Köln
anke.gross@uni-koeln.de*

Situation in der Bundeshauptstadt

Gutachten zur Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung

Erwachsenenbildung hat in Deutschland durch das flächendeckende Netz der Volkshochschulen einen strukturellen Rahmen, der von vielen Millionen Teilnehmern für die persönlich sehr differenzierte Bildungsarbeit genutzt wird (in 2009: 9,2 Mill. Kursbelegungen). Durch die jährlichen Statistiken des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) wird das umfassende, wichtige und engagierte Engagement der Volkshochschulen und ihrer haupt- sowie nebenamtlichen Mitarbeiter deutlich (vgl. Huntemann / Weiß 2010). Doch bestehen auch Lücken – und es gibt Problemfelder, die zu analysieren und zu bearbeiten sind. Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung stellt eines dieser schwierigen Themenfelder dar.

Mit dieser Thematik haben sich Wissenschaftler am Institut für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin befasst. Beauftragt wurden sie von der Lebenshilfe Berlin gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, um im Rahmen eines Gutachtens die Situation der Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung in der Bundeshauptstadt zu erfassen. Für die Auftraggeber war wichtig, durch das Gutachten „die Debatte um die Umsetzung inklusiver Bildung in Berlin“ aktiv voranzutreiben und „konkrete Überlegungen zur Verbesserung der Bildungssituation von Menschen mit geistiger Behinderung“ aufzuzeigen.

Erstmals vorgestellt und diskutiert wurde das rund 60-seitige Gutachten anlässlich des Parlamentarischen Sommers der Lebenshilfe Berlin am 19. Juni 2009 im Haus der Lebenshilfe „Dohnagestell“.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas des vorliegenden Heftes ist auf den folgenden Seiten ein Auszug aus der Kurzfassung zu diesem Gutachten abgedruckt.

Beschleunigte Entwicklungen sind in sämtlichen Lebensbereichen offensichtlich und wirken sich auf die Lebensbedingungen aller Menschen aus. Sie fordern immer mehr unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ heraus, sich dieser Dynamik zu stellen, um nicht Opfer der Verhältnisse sein.

Das gilt besonders für Menschen mit geistiger Behinderung. In ihrer nicht selten von Isolation und Abhängigkeit geprägten Lebenssituation und aufgrund ihrer verzögerten Umstellungsfähigkeit bedürfen sie systematischer Hilfen zur

Orientierung in einer sich wandelnden Welt. Hier leisten Angebote der Erwachsenenbildung einen wichtigen Beitrag, Verhältnisse überschaubarer zu machen, um so auf dem Weg zu einer selbstbestimmten flexibleren Lebensgestaltung zu begleiten.

Dabei besitzen die Leitprinzipien der allgemeinen Erwachsenenbildung, erweitert um solche, die für Menschen mit geistiger Behinderung von besonderer Bedeutung sind, genauso Gültigkeit. Das trifft auch auf die Bildungsinhalte zu, die nicht von denen allgemeiner Erwachsenenbil-

dung abweichen, sondern thematisch um solche ergänzt werden sollen, die eine besondere Relevanz für Menschen mit geistiger Behinderung besitzen.

Orte, an denen Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung realisiert wird, können drei Bereichen zugeordnet werden:

- herkömmliche Orte an denen sich Erwachsene (weiter)bilden (z. B. Volkshochschulen),
- Einrichtungen, die speziell für die Erwachsenenbildung dieses Adressatenkreises geschaffen wurden,
- Orte des Wohnens und Arbeitens, die eigens diesem Personenkreis vorbehalten sind (z. B. Wohnheime, Werkstätten für behinderte Menschen).

Angebote bestehen in sehr viel größerem Umfang in Einrichtungen der beiden letztgenannten Bereiche als in dem der allgemeinen Erwachsenenbildung, wobei immer hinterfragt werden muss, ob die dort gemachten Angebote den Kriterien der Erwachsenenbildung entsprechen.

Hier wird ein Konflikt der institutionellen Verortung der Erwachsenenbildung sichtbar. Orte, an denen Erwachsenenbildung stattfindet, sind weitestgehend Einrichtungen des Systems Behindertenhilfe zuzurechnen. Aus pädagogischer Sicht gehört die Bildung Erwachsener aber in das System Weiterbildung. Für Menschen mit geistiger Behinderung ergibt sich dadurch eine wesentliche Nachteilslage. Diese wird auch bei der finanziellen Verortung deutlich. Es gibt weder Regelungen noch Sicherheiten bei der Finanzierung erwachsenenbildnerischer Angebote. Für Menschen mit geistiger Behinderung stehen umfangreiche Rehabilitationsmaßnahmen zur Verfügung, in denen Bildung jedoch außerhalb des eta-



blierten Sonderschulsystems und beruflicher Bildung in Werkstätten für behinderte Menschen nicht thematisiert wird. Durch diese „Leerstelle“ gehen viele Kostenträger von einem ausreichenden Angebot im System Behindertenhilfe aus, das die Bildungsbedürfnisse befriedigt, und sind oft nicht bereit, Maßnahmen darüber hinaus zu finanzieren.

Wie sich die Erwachsenenbildungssituation für Menschen mit geistiger Behinderung in Berlin gestaltet, soll mithilfe einer quantitativen Bestandsaufnahme der Angebote dargestellt werden. Dabei wurde von der Perspektive eines an der Teilnahme an Erwachsenenbildungsangeboten interessierten Menschen mit geistiger Behinderung bzw. seines Stellvertreters ausgegangen, der selbst initiativ nach Kursangeboten sucht. Für die Erfassung von Angeboten waren folgende Kriterien handlungsleitend:

- freie Zugänglichkeit,
- Auffindbarkeit bzw. Transparenz,
- offenes Kursangebot,

- Erfüllung der Prinzipien der Erwachsenenbildung,
- Unabhängigkeit von Arbeits- und Wohnort (Zwei-Milieu-Prinzip),
- professionelle Kursleitung/Dozentur.

Von den 17 in Berlin existierenden anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) haben acht Angaben zu ihren arbeitsbegleitenden Bildungsmaßnahmen gemacht (...). Die Größe der WfbM variiert stark sowohl nach der Anzahl der Standorte (zwei bis sieben) und der Anzahl der behinderten Beschäftigten (60 bis 1.550 [Beschäftigte mit geistiger Behinderung ca. zwischen sechs und 1.200, Ø 302,5]). Die Anzahl der Veranstaltungen liegt zwischen sechs und 220 pro Einrichtung (Ø 43,75). Bei der Durchführung der Angebote überwiegen sehr stark WfbM-interne Mitarbeiter gegenüber nicht einrichtungsangehörigen Dozenten, die sehr selten genannt wurden. Hier werden in der Regel Therapie-, Freizeit-, Sport- und berufliche Qualifizierungsangebote mit Themen der Erwachsenenbildung verquickt. Die Abgrenzungen sind oftmals undifferenziert und werden den Kriterien der Erwachsenenbildung nur bedingt gerecht.

Volkshochschulen (VHS) sind „öffentliche Dienstleistungszentren“, die nach der schulischen und der beruflichen Bildung die dritte Säule der Bildungseinrichtungen darstellen. Ihnen fällt die Aufgabe der Weiterbildung breiter Bevölkerungsteile zu. Mit einem flächendeckenden Angebot von Bildungsveranstaltungen sollen alle daran interessierten und potentiellen Teilnehmer erreicht werden. Ihrem Selbstverständnis nach sind VHS somit offen für alle Bürger und bieten allen die Gelegenheit, an Bildung zu partizipieren. Im gemeinsamen übergeordneten Bildungsprofil der Berliner VHS sind Program-

mangebote für Menschen mit geistiger Behinderung ausdrücklich vorgesehen und im Detail formuliert. Von den zwölf Berliner Volkshochschulen bieten zwei offene Kurse (insgesamt acht Veranstaltungen) und einen geschlossenen Kurs (zwölf Veranstaltungen) für Menschen mit geistiger Behinderung in ihrem Programmangebot an. Alle anderen neun VHS blenden Menschen mit geistiger Behinderung als potentielle Teilnehmer in ihrem einsehbaren Programmangebot (Jahresprogramme 2008/2009) völlig aus. Das frei zugängliche Bildungsspektrum ist demnach in VHS verschwindend gering und dementsprechend werden die Berliner VHS ihrem Bildungsauftrag und den in ihrem Bildungsprofil formulierten Ankündigungen nicht gerecht.

Der Verein „Lernmobil e.V.“ wurde 1992 in Berlin gegründet. Zweck des Vereins ist die Hilfe bei der Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit geistiger und geistig/psychischer Behinderung durch integrationsfördernde Maßnahmen. Verwirklicht wird dies durch eine Vielzahl verschiedener (Erwachsenen-)Bildungsangebote. Im ersten Semester 2009 bietet Lernmobil e.V. 22 Bildungskurse mit ganz unterschiedlichen Themen an. Lernmobil e.V. ist die einzige Einrichtung in Berlin, die sich maßgeblich den Erwachsenenbildungsansprüchen der Menschen mit geistiger Behinderung widmet.

Die Lebenshilfe Bildung gGmbH existiert seit 2003. Sie ist ein Tochterunternehmen der Lebenshilfe gGmbH und bietet Fort- und Weiterbildungen für Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behindertenhilfe und Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen an. Das Fortbildungsprogramm für das Jahr 2009 umfasst neben ca. 150 Angeboten für Mitarbeiter in der Behindertenhilfe sowie Angehörige für Men-

sehen mit Behinderung auch acht Kurse für Menschen mit geistiger Behinderung. Im Moment betrachtet man das Angebot noch als eine Testphase bezüglich der Teilnehmerbeteiligung, Durchführung und Finanzierung. Es ist beabsichtigt, das Bildungsangebot auszuweiten.

Für die Erhebung eines quantitativen Erwachsenenbildungsbedarfs sind Zahlen nötig. Trennscharfe Angaben zur Gesamtzahl von Menschen mit geistiger Behinderung können jedoch nicht gemacht werden. Ungefähre Angaben für Berlin lassen sich zum einen mit ca. 8.670 Personen machen, die in WfbM beschäftigt und betreut werden, zum anderen mit Plätzen in Wohneinrichtungen (Wohnheime, Wohngemeinschaften, Betreutes Einzelwohnen) mit ca. 5.918 Personen. Diese Zahlen sind u. a. nicht genau, da sie keine Angaben zu Personen enthalten, die nicht in einer Wohneinrichtung, sondern bspw. in ihren Herkunftsfamilien leben. Genauso betrifft das Menschen, die keiner WfbM angehören und alternative Möglichkeiten der beruflichen Teilhabe nutzen. Die Datenlage stellt sich somit schwierig dar. Alternativ schlagen wir vor, einen von der Kultusministerkonferenz vorgelegten Durchschnittswert aufzugreifen und als Schätzwert auf den Anteil der Personengruppe der Menschen mit geistiger Behinderung zu beziehen. Dieser besagt, dass ca. 0,5% der Schüler eines Jahrgangs im „Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung“ unterrichtet werden. Würde man diese Angabe auf die aktuelle Gesamteinwohnerzahl Berlins, mit ca. 3,4 Mio. Menschen, beziehen, würde sich ein Wert von ungefähr 17.000 in Berlin lebenden Menschen mit geistiger Behinderung ergeben.

Betrachtet man nun abschließend die Angebote der Erwachsenenbildung für in Berlin lebende Menschen mit geistiger Behinderung, kommt man unschwer zu

dem Ergebnis, dass diese nicht ausreichend sind. Lässt man die Angebote in WfbM, die die aufgestellten Kriterien nur bedingt erfüllen, außen vor, ergeben sich lediglich 38 frei zugängliche Veranstaltungen für diesen Personenkreis. Folgt man dem vorgeschlagenen Schätzwert von 17.000 in Berlin lebenden Menschen mit geistiger Behinderung, ergibt sich ein Verhältnis von rund 1:447. Dementsprechend kommt also eine Veranstaltung auf 447 potentielle Teilnehmer. Zum Vergleich: Wendet man diese Rechnung auf die Situation in Hamburg an, ergibt sich ein Verhältnis von 1:85. Ein Wert, der den Rückschluss auf sehr viel positivere Partizipationschancen zulässt.

Die Situation in Berlin lässt zwei Problemstellungen offensichtlich werden. Zum einen ein zu geringes Kursangebot. Zum anderen eine erschwerte Zugänglichkeit der Angebote durch Probleme beim Suchen und Auffinden. Hieraus ergeben sich folgende Aufgaben und Fragestellungen: Welche Möglichkeiten bestehen, um das in Berlin bereits vorhandene Erwachsenenbildungsangebot für Menschen mit geistiger Behinderung transparenter und hierdurch für alle Interessenten besser nutzbar und leichter zugänglich zu machen? Zum anderen darauf, die Angebotsdichte zu verbessern, um so eine Verfügbarkeit für alle potentiell Interessierten zu erreichen.

Wie diese Problematik angegangen werden kann, zeigt eine Initiative aus Hamburg. Hier existiert seit nunmehr 20 Jahren die „Koordinationsrunde Erwachsenenbildung Hamburg“, in der sich fünf Träger des Systems Behindertenhilfe zusammengeschlossen haben. Sie wirkt darauf hin, in gemeinsamen Projekten neue Inhalte und Methoden zu entwickeln, um sie anschließend in Regelangeboten zu übertragen, bedarfsdeckende Kursangebote für Menschen mit geisti-

ger und mehrfacher Behinderung aufzubauen, integrative Kurse anzubieten, die auch offen sind für Menschen mit schwerer Behinderung, und Angebote der allgemeinen Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung zu öffnen. Durch ihr Engagement wird jährlich ein offenes, trägerübergreifendes Programmangebot mit jeweils ca. 100 Kursen bereitgestellt, das auf die Bildungsansprüche der Menschen mit geistiger Behinderung zugeschnitten ist.

Dem Beispiel Hamburgs folgend ist es zu befürworten, dass auch in Berlin

eine ähnliche Kooperation in Form einer Koordinationsrunde ins Leben gerufen wird.

Literatur

- ACKERMANN, K.-E. / AMELUNG, M. (2009): Gutachten zur Situation der Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung in Berlin. Humboldt-Universität zu Berlin – Institut für Rehabilitationswissenschaften. Herausgegeben von der Lebenshilfe Berlin, Berlin
- HUNTEMANN, H. / WEIß, C. (2010): Volkshochschul-Statistik. 48. Folge, Arbeitsjahr 2009. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Online im Internet: URL: <http://www.die-bonn.de/doks/huntemann1001.pdf> [04.03.2011]

Das Gutachten und die Folgen:

Seit der Veröffentlichung des Gutachtens hat es Entwicklungen gegeben, die die im Gutachten beschriebene Situation verändert haben und weiter verändern werden. Seit dem Frühjahr 2008 treffen sich in der Humboldt-Universität zu Berlin kontinuierlich Menschen aus der Wissenschaft mit Praktikern der Behindertenhilfe und der Erwachsenenbildung, um darüber zu sprechen, wie die inklusive Bildungsarbeit für Menschen mit und ohne Behinderung in Berlin besser zugänglich gemacht und verstärkt werden kann. Der Arbeitskreis, an dem auch Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu Wort kommen, hat sich im Herbst 2009 als „Berliner Aktionsbündnis Erwachsenenbildung inklusiv“ konstituiert.

Seit Frühjahr 2010 wird im Halbjahresturnus als Kooperationsprojekt von der Volkshochschule Berlin Mitte und der Lebenshilfe Berlin ein spezielles Bildungsprogramm für Menschen mit Lernschwierigkeiten und für Menschen mit geistiger Behinderung herausgegeben. Die Kursankündigungen und die Informationen zur Anmeldung sind in Leichter Sprache formuliert, und die organisatorischen Angaben, Termine, Lernort, Dozent/-in und Entgelt, werden durch Symbole strukturiert.

Auf Grundlage der von Volkshochschule und Lebenshilfe entwickelten Struktur der Angebotspräsentation hat das Berliner Aktionsbündnis versucht, möglichst alle inklusiven Bildungsangebote in Berlin zusammenzutragen. Mit Unterstützung des ‚Paritätischen‘ Berlin wird im Frühjahr 2011 eine Homepage des „Aktionsbündnisses“ erstellt, auf der diese Bildungsangebote veröffentlicht werden.

Aus dem Zusammenschluss der Partner des „Berliner Aktionsbündnisses Erwachsenenbildung inklusiv“ resultiert auch die Initiative zur Organisation der Fachtagung, die im Mai 2011 – direkt im Anschluss an den XIII. Deutschen Volkshochschultag in Berlin – stattfindet (siehe Beitrag „Inklusive Erwachsenenbildung“ in diesem Heft).

Grundsätzlich der richtige Weg

Zum Grundsatzpapier des Deutschen Volkshochschulverbandes

Werner
Schlummer



Der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) hat sich viel vorgenommen. Auf dem XIII. Deutschen Volkshochschultag am 12. und 13. Mai 2011 in Berlin will er eine neue Standortbestimmung über die Volkshochschularbeit in Deutschland verabschieden. Dieses Vorhaben verdient auch deshalb besondere Beachtung, da ein ähnliches Papier zuletzt aus dem Jahre 1978 stammt. Die damalige Broschüre „Stellung und Aufgabe der Volkshochschule“ (DVV 1978) gilt es zu aktualisieren. Hatte der Vorstand des DVV seinerzeit im Vorwort bereits von einem „großen Entwicklungsschub der letzten Jahre“ gesprochen und daraus die Notwendigkeit abgeleitet, „Perspektiven für die vor uns liegende Zeit“ aufzuzeigen, muten solche Formulierungen aus heutiger Sicht und in Anbetracht der gewaltigen nationalen und internationalen Veränderungen der zurückliegenden über 30 Jahre fast an, als würden Aufgaben und Herausforderungen bagatellisiert.

Dass die Auseinandersetzung – eventuell im Sinne einer Fortschreibung – mit einem derartig in die Jahre gekommenen Standortpapier eine enorme Herausforderung darstellt, ist unumstritten. So ist es nicht verwunderlich, wenn die eingesetzte Redaktionsgruppe dem beauftragten Autor einer ersten Entwurfsfassung Erhard Schlutz, emeritierter Professor für Weiterbildung sowie Begründer und Mitglied des Instituts für Erwachsenen-Bildungsforschung an der Universität Bremen, entsprechend Hochachtung zollt für seinen vorgelegten 41-seitigen Entwurf „Stellung und Aufgabe der Volkshoch-

schule 2011“. Die 1. Textfassung von Ende März 2010 (Schlutz 2010) stelle „einen sehr differenzierten und beachtlichen Text“ dar, der dann auch „eine gute Grundlage bietet für eine 2. Textfassung“ (DVV 2010a, 5), lobt das Gremium.

Dennoch zeigen diverse Rückmeldungen aus den beteiligten Gremien des DVV einige Kritikpunkte auf, die für die Redaktionsgruppe in einer Synopse zusammengefasst sind (DVV 2010a). Dass es in der 1. Fassung des Grundsatzpapiers lediglich an einer Stelle einen Hinweis auf die Zielgruppe Menschen mit Behinderung gab, scheint allerdings bis dahin niemanden gestört zu haben. Zumindest deutet die Synopse auf keinerlei kritische Anmerkungen hin bezüglich der Herausforderung, die Volkshochschul-Angebote angemessener auch auf Menschen mit Behinderung oder Menschen mit geistiger Behinderung auszurichten. Sicher, der Begriff Integration taucht auf. Doch wird dieser in der ersten Textfassung lediglich im Zusammenhang von Interkulturalität verwendet oder explizit auf „Integrationskurse“ bezogen.

Die Chance, die Impulse aus der gegenwärtig anlaufenden Umsetzung der für Deutschland verbindlichen UN-Behindertenrechtskonvention auch auf ein so bedeutsames Grundsatzpapier eines zentralen Bildungsverbandes anzuwenden, wäre vertan gewesen, hätte nicht auf der Grundlage der Neufassung der VHS-Standortbestimmung, die seit Sommer 2010 in den Gremien des Deutschen Volkshochschulverbandes, in den DVV-Landesverbänden und in den Volkshoch-

schulen intern intensiv diskutiert wurde, doch noch eine Besinnung auf das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung stattgefunden.

Aus den Volkshochschulen, die seit Jahren eng mit Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Rehabilitationswissenschaft und den Behindertenverbänden zusammenarbeiten, mag wohl in der kritischen Phase der Stellungnahmen zum neuen Entwurfspapier der eine oder andere ergänzende Veränderungsvorschlag eingebracht worden sein. Beim Blick in die vorläufige Endfassung (als Vorlage zur Mitgliederversammlung des DVV im März 2011) unter dem neuen Titel „Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung“ (DVV 2010b) fällt jedenfalls die schärfere Konturierung der „öffentlichen Verantwortung“ auf. Leider werden beim genaueren Hinsehen aktuelle Begriffe wie „Integration und soziale Inklusion“ immer noch weitgehend nur auf die Migrationsthematik bezogen. Andererseits ist der Präsidentin des DVV, Prof. Dr. Rita Süsmuth, der Bildungsauftrag der Volkshochschulen durchaus in umfassenderer Weise bewusst, wenn sie im Vorwort zur vorliegenden Endfassung formuliert, dass „Volkshochschulen in öffentlicher Verantwortung (...) Orte gesellschaftlicher Integration (sind, Anm. W. S.). Sie sind Orte ganzheitlichen Lernens, nicht in homogenen, sondern heterogenen Lerngruppen mit unterschiedlichen Ausgangspositionen und Bildungsbedürfnissen.“ (DVV 2010b, 1) Zugegeben, zu Beginn des 2. Kapitels positioniert sich das Standortpapier des DVV eindeutig: „Volkshochschulen sind offen für Menschen aller sozialen Schichten und Einkommensgruppen, aller Milieus und Kulturen, für Menschen mit und ohne Behinderungen.“ (DVV 2010b, 7) Doch auf die Konsequenzen für die besonderen Unterstützungsbedarfe, die

besonders Menschen mit Behinderung für ein erfolgreiches Lebenslanges Lernen benötigen, geht das Positionspapier nicht weiter ein. Vielmehr verfällt der Text in allgemeine – und damit fast unverbindliche – Aussagen wie: „Sie (Volkshochschulen, Anm. W. S.) gehen auf Menschen mit unterschiedlichen Lernschwierigkeiten zu und berücksichtigen ebenso diejenigen mit Behinderungen.“ (DVV 2010b, 8)

Andererseits steckt viel Programmatik in dem Gesamtpapier. Wenn z. B. unter der Überschrift „Bildungsgerechtigkeit“ davon gesprochen wird, dass es den Volkshochschulen „gleichermaßen um einen Zuwachs an Teilnehmerinnen und Teilnehmern wie auch um einen qualitativen Zuwachs an Teilhabe und Zugang zur Bildung“ geht (DVV 2010, 29), so zeigt der Text entsprechende Konsequenzen auf: „Priorität haben Aufgaben, die von besonderem öffentlichen Interesse sind: solche, die dem Ziel der Bildungsgerechtigkeit dienen wie die Weiterbildung einkommensschwacher und bildungsbenachteiligter Gruppen, die Grundbildung, das Nachholen von Schulabschlüssen, aber auch andere gemeinwohlorientierte Angebote wie die der politischen, interkulturellen und ökologischen Bildung, bei denen der eigene Nutzen nicht im Vordergrund steht. Jede Volkshochschule sollte – ob einzeln oder in Kooperation – in die Lage versetzt werden, solche Angebote zu realisieren.“ (DVV 2010b, 29) Will das Papier selbst den Blick in die Zukunft anregen, so darf man als engagierte Fachperson im Themenfeld Erwachsenenbildung und Behinderung gespannt sein, welche Kooperationsformen und praktische Umsetzungen derartige Appelle innerhalb der Verbandsstrukturen und darüber hinaus nach sich ziehen. Welche Möglichkeiten bestehen, aber auch welche Lücken

zu erkennen sind, hat ein Gutachten für die Berliner Situation untersucht (Ackermann / Amelung 2009). Natürlich bedeuten die Forderungen des DVV auch, sich selber in entsprechend konzentrierten Aktionen gemeinsam mit Fachleuten und sich engagierenden Bildungsinteressierten bei der Realisierung einzubringen. Das gemeinsame Engagement ist – ganz im Sinne der Präsidentin des DVV – dabei auszurichten auf ein Leitbild der Volkshochschulen, das „umfassende Offenheit“ darstellt (Süssmuth / Sprink 2009, 473). Wenn in diesem Sinne das Grundsatzzprogramm des Volkshochschulverbandes den zu gehenden Weg aufzeigt, ist es grundsätzlich der richtige Weg. Ein Weg in funktionierende kommunale Bildungsnetzwerke. Und diese Netzwerke schließen niemanden aus und fangen jedermann auf.

Literatur

- ACKERMANN, K.-E. / AMELUNG, M. (2009): Gutachten zur Situation der Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung in Berlin. Humboldt-Universität zu Berlin – Institut für Rehabilitationswissenschaften. Herausgegeben von der Lebenshilfe Berlin, Berlin
- DVV – Deutscher Volkshochschulverband (2010a): Synopse der Gremien. Stellungnahmen zum 1. Entwurf der Standortbestimmung „Stellung und Aufgabe der VHS“. Leitlinien für die Überarbeitung der Schrift. Vorlage zur Sitzung der Redaktionsgruppe am 11.06.2010. Frankfurt. Online im Internet: www.dvv-vhs.de/uploads/media/Synopse_der_Stellungnahmen.pdf [05.03.2011]
- DVV – Deutscher Volkshochschulverband (2010b): Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung. Endfassung als Vorlage zur Mitgliederversammlung 2011 des DVV – Stand: 29.11.2010
- DVV – Deutscher Volkshochschulverband (Hrsg.) (1978): Stellung und Aufgabe der Volkshochschule. Online im Internet: <http://www.vhs-le.de/pages/wir/vhs-archiv.html> [05.03.2011]
- SCHLUTZ, E. (2010): Stellung und Aufgabe der Volkshochschule 2011. Entwurf Erhard Schlutz (27.3.2010). Online im Internet: www.dvv-vhs.de/uploads/media/Stellung_und_Aufgabe_der_Volkshochschule_Entwurf.pdf [05.03.2011]
- SÜSSMUTH, R. / SPRINK, R. (2009): Volkshochschule. In: TIPPELT, R. / HIPPEL, A. von (Hrsg.) (2009): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, 3. Aufl., Wiesbaden, 473-490

*Dr. phil. Werner Schlummer
Universität zu Köln
Humanwissenschaftliche Fakultät
Department Heilpädagogik und
Rehabilitation,
Arbeitsbereich Geistigbehinderten-
pädagogik
Klosterstraße 79 b
50931 Köln
werner.schlummer@uni-koeln.de*

Der Froschkönig - ein Wintermärchen?

Ein Schwarzlichttheater-Workshop im Rokokosaal

Der Rokokosaal in der evangelischen Tagungsstätte Wildbad in Rothenburg ob der Tauber ist komplett verdunkelt, während die Zuschauer gebannt auf die Bühne blicken. Dort küssen sich in grellen Leuchtfarben gerade die Prinzessin und der Frosch – und aus dem Frosch wird ein Prinz. Beide freuen sich ihres neuen gemeinsamen Lebens und tollen um den Teich herum, um sich am Ende erneut zu küssen und diesmal werden Beide zu Fröschen – unter dem großen Gelächter des Publikums.

Als der Applaus verebbt ist und das Licht aufflammt, beginnt sofort eine angeregte Diskussion in Englisch und Deutsch. Besprochen werden die verwendeten Mittel und Materialien und die Art der Umsetzung der Geschichte, und schon sind wir mitten drin im Workshop Schwarzlichttheater.

Den Antrag für diesen Workshop hatte die „Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung“ im Februar 2010 bei der Nationalen Agentur gestellt und im Juli die Europafördergelder bewilligt bekommen. Veranstaltet wurde der Workshop vom 5. bis 12. Dezember, und es nahmen teil Interessierte aus Lettland, England, Österreich und der Türkei. In diesem Workshop sollten erste Schritte in Sachen Schwarzlichttheater vermittelt werden. So wurden die Materialien selbst hergestellt, die einzelnen Szenen eigenständig in kleinen Gruppen entwickelt, die Musik für die Szenen ausgewählt und natürlich die kleinen Stücke auch aufgeführt und

hinterher besprochen. Außerdem wurde ein Materialienkoffer – ein Starterset für das Schwarzlichttheater – vorgestellt. Zu Ideen verhalf den Teilnehmerinnen auch die malerische winterliche Umgebung, das Wildbad war wie auch die Stadt eingeschneit und natürlich inspirierte der Weihnachtsmarkt in der Stadt ebenfalls. Neben den Lerneinheiten erfuhren die Teilnehmer viel über die Geschichte der Stadt anhand von Besichtigungen z. B. der Jakobskirche und Führungen durch den Nachtwächter oder eine Stadtführerin und natürlich durch die abendlichen Besuche in Rothenburg. Es fand ein reger internationaler Austausch über die verschiedenen weihnachtlichen Gebräuche statt, und viele Ideen flossen so auch in den Workshop ein. Das menschlich verbindende Element aus der eigenen Arbeit mit Schwarzlichttheater wurde besonders auch noch einmal während der Abschlussrunde am letzten Tag deutlich. Hier gab es bewegende Momente, als Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich unter Tränen für diese lehrreiche, aber auch emotional sehr gehaltvolle Woche sowie die gute Organisation und die herzliche Annahme und Fürsorge bedankten. So hatten die Organisationen einen guten Rahmen geschaffen für alle Teilnehmer, die in den willkürlich gemischten Gruppen zusammen arbeiteten. Durch diesen Workshop entstanden neue Kontakte und Freundschaften – auch auf der Grundlage neuer Lern- und Lehr-Erfahrungen.

HELP – Helfer/in mit Elementarem LeistungsProfil

Ein Ausbildungsprojekt des Diakonischen Bildungsinstituts Johannes Falk in Eisenach

Michael Hänsch



Die Entstehung

Für Immanuel Bannach stand es fest: Seine Tätigkeit im Produktionsbereich der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) füllte ihn nicht aus – er wollte für andere da sein, seine Fähigkeiten in der direkten Unterstützung anderer Menschen einsetzen.

„Ich will eine Ausbildung in der Pflege machen“ stand auf dem Zettel, den er geschrieben hatte und der schließlich in die Hände des Leiters des Berufsbildungsbereichs (BBB) der Werkstatt Altengesees in Ostthüringen gelangte. Dieser machte sich auf die Suche nach einer geeigneten Ausbildungsmöglichkeit und stellte fest: Es gibt keine. Menschen mit Lernschwierigkeiten erfüllen mit ihren Bildungsabschlüssen nun einmal nicht die Zugangsvoraussetzungen für die (Alten-) Pflegeausbildung. Aber Immanuel Bannach drängte – es müsste doch möglich sein, wenigstens eine grundlegende Qualifikation in diesem Bereich erwerben zu können.

In Abstimmung mit seinem Arbeitgeber, der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein, nahm der BBB-Leiter schließlich Kontakt mit dem Diakonischen Bildungsinstitut Johannes Falk in Eisenach (DBI) auf. Wenn eine solche Ausbildung – ergänzt um Inhalte, die zu Helfertätigkeiten in Kindertagesstätten, Förderschulen und stationären Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung qualifiziert – noch nicht existiert, dann muss sie eben entwickelt werden.

Beim DBI traf der Wunsch auf offene

Ohren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kompetenzzentrum „Teilhabe und Inklusion“ entwickelten im Rahmen eines Pilotprojekts das Curriculum für eine Basisausbildung zur Tätigkeit in sozialen Dienstleistungsbereichen und loteten die organisatorisch-konzeptionellen Rahmenbedingungen aus. Bei anderen diakonischen Trägern der Behindertenhilfe in Thüringen fanden sich eine Reihe weiterer Interessentinnen und Interessenten: So waren beispielsweise eine Auszubildende im BBB der Stiftung Finneck in Rastenberg bereits im Rahmen von Praktika in Kindertagesstätten tätig. Ein Beschäftigter der Mühlhäuser Werkstätten e. V. wollte gerne in einer Förderschule arbeiten, eine junge Frau mit Lernschwierigkeiten war schon seit längerem als Helferin in der Senioren-Tagesbetreuung des Bodelschwingh-Hofs Mechterstädt e. V. aktiv und eine Beschäftigte des Diako Diakonie-Verband Eisenach hatte Gefallen an einem Außenarbeitsplatz bei einem Krankenhausträger gefunden.

Auch wenn das Bemühen um Fördergelder für das Projekt HELP erfolglos blieb, stand für die beteiligten Träger fest: Die Initiative der Betroffenen darf nicht negiert werden – und eine einleitende Projektphase sollte notfalls auch ohne flankierende finanzielle Unterstützung gestemmt werden. Im März 2010 startete die HELP-Ausbildung mit acht Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die Ausbildungsinhalte

Ausgehend von dem Anspruch, theoretische und praktische Grundlagen für verschiedene sozial-pflegerische Tätigkeitsfelder zu vermitteln, kristallisierten sich folgende Themenfelder als Fächer heraus:

„Wer soll das alles lernen?“

Lerntechniken und Fähigkeiten zur Selbstorganisation

„Ich weiß nicht, was Du meinst!“

Grundlagen der Kommunikation und Mitteilungsförmungen

„Aus Dir wird was werden!“

Pädagogische Grundfragen

„Kleine Schritte – große Schritte“

Planvolles Handeln und Hinterfragen

„Keine Angst, ich helf’ Dir schon“

Pflege und Unterstützung bei der Selbstversorgung und Einsatz von Hilfsmitteln

„Lecker, Schmecker, Sauberkeit!“

Hauswirtschaftliche Grundkenntnisse und gesunde Ernährung

„Was hast Du heute vor?“

Anregung zur Alltagsbetreuung / Alltagsgestaltung und Mitwirkung bei der Gestaltung von Festen und Feiern

„Wenn ich nur wüsste, was Du hast?“

Grundwissen über ausgewählte körperliche und psychische Beeinträchtigungen

„Alles, was Recht ist!“

Arbeitsrechtliche Grundlagen, Fragen der Aufsichtspflicht, Grundrechte und Selbstbestimmung

„Jeder Mensch ist anders – und wir sind alle gleich!“

Menschenbilder und Spiritualität

Das Ausbildungskonzept

Da das DBI die Ausbildungsgänge „Heilerziehungspflege“, „Sozialpädagogik“ (Erzieher) und „Altenpflege“ anbietet, verfügten die eingesetzten Dozentinnen und Dozenten einerseits über Lehrpraxis in den benötigten Themenfeldern auf Fachschuleebene. Andererseits hatten sie Erfahrung in der Gestaltung von Fortbildungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten – ein Glücksfall, den das Kompetenzzentrum „Teilhabe und Inklusion“ zu nutzen wusste.

Weiterer zentraler konzeptioneller Inhalt war – neben der Vermittlung der genannten theoretischen Grundlagen – die berufspraktische Ausbildung in den Tätigkeitsfeldern Kindertagesstätte, Seniorenbetreuung, Förderbereich der WfbM, Förderschule und Krankenhaus.

Aufgrund des finanziellen Mehraufwands, der sich für Träger und Praxiseinrichtungen insbesondere wegen der Freistellung von Personal ergeben hätte, konnten in der Pilotphase die konzeptionell vorgesehenen Studientage für die Mentorinnen und Mentoren aus den jeweiligen Tätigkeitsfeldern nicht umgesetzt werden. Ursprünglich sollte hier der Dialog der „praktischen“ Ausbilderinnen und Ausbilder mit den Lehrkräften des DBI intensiviert werden. Gleichwohl wurden begleitete Besuche in den einzelnen Praxisfeldern realisiert, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Überblick über denkbare Einsatzfelder ermöglicht und die Verbindung zwischen „Theorie“ und „Praxis“ gewährleistet.

Die Ausbildungsstruktur

Der Ausbildungsgang umfasste einen Theorieteil von 300 Unterrichtseinheiten, der sich auf 10 Unterrichtswochen („Denkwochen“) verteilte. In der Zeit zwischen den Denkwochen waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren jeweiligen Praxisfeldern tätig. Analog zu den Ausbildungen auf Fachschulebene erledigten sie eine Reihe von Praxisaufgaben, bei denen sie von ihren Praxisanleiterinnen und -anleitern vor Ort im Sinne eines Mentoring unterstützt wurden.

In jeder Denkwoche fand jeweils eine Exkursion in die Arbeitsfelder statt, bei denen jeweils ein/e Teilnehmer/in den anderen Auszubildenden ihre praktische Tätigkeit, verwendete Hilfsmittel und die Umsetzungsmöglichkeiten der theoretischen Lerninhalte vorstellte.

Die Außenstelle des DBI in Weimar-Holzendorf bot u. a. wegen seiner zentralen Lage, der geeigneten Seminarräume und -ausstattung sowie einer günstigen Unterbringungsmöglichkeit während der Theoriezeiten ideale Rahmenbedingungen für das Pilotprojekt. Neben der Aneignung von Fachwissen konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den – weitgehend selbst organisierten – Aufenthalt am Schulungsort während der Denkwochen einen erheblichen Zuwachs an personalen Kompetenzen erwerben: Für manche war dies die erste Gelegenheit, außerhalb ihrer ansonsten geschützten Arbeits-, Lebens- und Wohnbereiche große Fortschritte im Verselbständigungsprozess zu machen.

Der Abschluss

Die Abschlussprüfung absolvierten sechs der Auszubildenden – eine Teilnehmerin hatte bereits nach den ersten Theoriezeiten die Motivation verloren. Ein weiterer Teilnehmer musste wenige Wochen vor dem Abschluss aus gesundheitlichen Gründen abbrechen, möchte jedoch erneut einsteigen, sobald sich ein neuer HELP-Kurs an die Pilotphase anschließt. Die theoretische Prüfung umfasste die Themenfelder Pädagogik, Pflege, ausgewählte Krankheitsbilder, Kommunikation und Rechtskunde, praktisch wurden die Fächer Hauswirtschaft sowie Fest- und Feierngestaltung geprüft. Die theoretischen Prüfungen erfolgten in – jeweils per Zufallsprinzip zusammengestellten – Zweiertteams und wurden mündlich abgenommen. Alle Dozentinnen und Dozenten waren überrascht, wie sicher die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Themenfelder verinnerlicht hatten und differenziert auf ihre jeweiligen Tätigkeitsfelder anwenden konnten. Besonders erfreulich war der Zuwachs an Selbstvertrauen und sicherem Auftreten, der in den trotz aller Unterstützungsbemühungen immer noch stressvollen Prüfungssituationen besonders deutlich wurde.

Zum heutigen Zeitpunkt arbeiten fünf der Absolventinnen und Absolventen erfolgreich in den Tätigkeitsfeldern, in denen sie während der Pilotphase bereits ihre Praktika absolviert hatten. Dabei handelt es sich um sogenannte Außenarbeitsplätze „unter dem Dach einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)“, in der sie beschäftigt sind. Eine Teilnehmerin, die über den entsprechenden Schulabschluss verfügt, hat den Mut gefasst, eine Altenpflegeausbildung zu beginnen.

Fazit und Ausblick

Das DBI hat für 2011 erneut den Ausbildungsgang HELP ausgeschrieben. Nach wie vor besteht allerdings dringender Bedarf an flankierender finanzieller Unterstützung, da es den WfbM schwer fällt, für einzelne Beschäftigte eine derart umfassende Fortbildungsmaßnahme zu ermöglichen.

Andererseits ist es unstrittig, dass beispielsweise die demografische Entwicklung – und die damit einhergehende Nachfrage nach pflegerischen Dienstleistungen – sowie die zunehmende gesellschaftliche Beachtung des Vorschulbereichs wachsenden Personalbedarf in sozialen Arbeitsfeldern nach sich ziehen. Warum sollten Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht auch in diesen Tätigkeitsfeldern ihre sozialen Kompetenzen und weiteren Fähigkeiten einsetzen können?

Die aktuelle Inklusionsdiskussion um eine Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten könnte einen fruchtbaren Boden bereiten, um dem zarten Pflänzchen HELP zum weiteren Wachstum zu verhelfen. Auch die geplante Personenorientierung in der Bereitstellung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben könnte unterstützend wirken. Denn zweifellos ist die HELP-Ausbildung perspektivisch nur dann zukunftsfähig und sinnvoll, wenn damit ein anerkannter Abschluss als Helfer/in mit elementarem Leistungsprofil verbunden ist. Nur auf diesem Weg besteht die Chance, Arbeitsplätze zu erschließen, die unabhängig von einer WfbM-Beschäftigung Bestand haben.

Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Das DBI jedenfalls befindet sich bereits auf diesem Weg und nutzt die positiven Erfahrungen der Pilotphase sowie die HELP-Ausbildung als Projekt.

*Michael Hänsch
Dozent im Kompetenzzentrum Kinder,
Jugend, Familie und Inklusion
Diakonisches Bildungsinstitut Johannes
Falk, Eisenach
m.haensch@dbi-falk.de*

„Es wird ja doch nicht besser“, sagen die Leute!

Jutta
Göttfried

In den folgenden Heften veröffentlichen wir in Auszügen Texte von Jutta Göttfried, die sie für ihr Buch „Wir sind alle anders, aber jeder ist normal auf seine Art und Weise!“ verfasst hat. Das Buch ist 2005 erschienen im Verlag Books on Demand, Norderstedt. ISBN 3-8334-2894-5

Stellen Sie sich vor, es sind Wahlen, entweder sind es Landtagswahlen oder Bundestagswahlen oder Europawahlen, und in Ihrer Gemeinde, entweder in der Stadt oder auf dem Land, wird der Bürgermeister gewählt.

Blieben wir bei den Bundestagswahlen. Stellen Sie sich vor, am Sonntag wären Bundestagswahlen. Alle wahlberechtigten Bürger haben eine Wahlkarte bekommen. Aber viele dieser Bürger treten erst gar nicht an die Wahlurnen. Die einen schimpfen: „Es wird ja doch nicht besser.“ Wieder andere: „Wen sollen wir denn wählen?“

„Die machen doch sowieso bloß, was sie wollen.“ „Die sind doch auch nicht anders.“

„Die reden nur recht gescheit daher, aber ändern tun sie ja doch nichts.“

„Ihre Versprechen halten sie ja sowieso nicht ein, egal welche Partei am Ruder ist.“

So reden viele Leute, aber ist es wirklich so? In vielen Ländern auf unserer Welt herrscht Wahlpflicht, aber bei uns wird niemand mit Gewalt zur Wahl gezwungen, außerdem kann man doch der Partei die Stimme geben, die man für richtig hält. Und auch die Argumente der Leute mögen stimmen. Die Situation in unserem Land ist angespannt und zur Zeit alles andere als rosig. Da ist die hohe

Arbeitslosigkeit, die sozialen Kassen sind leer. Und ein jeder oder eine jede hat Angst um seinen, um ihren Arbeitsplatz. Denn leider passiert es häufig, dass auch heute hoch qualifizierte Kräfte ihren Arbeitsplatz verlieren. Und vieles in unserem Land ist nicht gerade zum Jubeln. Da ist nicht nur die Angst um den eigenen Arbeitsplatz, den man vielleicht schon bald verlieren wird, sondern auch die Angst vor Terror, Krieg und einer schweren Krankheit.

Ja es gibt viele Probleme in unserem Land, aber was nützt das alles, wenn gejammert und geschimpft wird? Oder viele stecken sogar den Kopf in den Sand, so nach dem Motto: „Hat doch eh keinen Zweck“, oder: „Hat doch eh alles keinen Sinn mehr.“ Hat es wirklich keinen Zweck oder Sinn mehr? Mir scheint, in diesen Sätzen ist auch oftmals Gleichgültigkeit drin, jeder einzelne verantwortliche, erwachsene, mündige Mensch müsste etwas verändern, denn Veränderungen fangen im Kleinen an und hören im Großen auf. Wir alle müssen uns jeden Tag aufs Neue fragen: „Was können, wir denn tun, dass es besser in unserem Land wird und besser auf der Welt wird?“

Es gibt ein Sprichwort, das heißt: „Man soll sich erst selbst ändern und dann das andere.“

Ich sage: „Wenn sich jeder selbst ändern würde, und zwar positiv, dann wäre die Welt viel besser.“

Die Autorin ist 1964 geboren und Mitglied der GEB. Sie lebt in München und arbeitet dort seit vielen Jahren im Service-Bereich des Schulzentrums Augustinum.

GEB als Mitveranstalter

Inklusive Erwachsenenbildung

Kooperationen zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Behindertenhilfe

Unter der Schirmherrschaft von Professorin Dr. Rita Süsmuth, Bundestagspräsidentin a. D. und Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbandes, veranstaltet die GEB gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern die Fachtagung „Miteinander Reden - Gemeinsam Lernen! Erwachsenenbildung für alle Menschen mit und ohne Behinderung“. Die Tagung – vom Freitag, 13. Mai, bis Samstag, 14. Mai 2011 – findet in der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Sie thematisiert aktuelle Herausforderungen einer Inklusiven Erwachsenenbildung auf organisatorischer und inhaltlicher Ebene. Als Unterzeichner der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, Menschen mit Behinderung den Zugang auch zu Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Welche aktuellen Erfahrungen und Impulse für die Umsetzung dieser

Verpflichtung es gibt, werden durch Hauptreferenten sowie Beispiele guter Praxis vorgestellt. Neben Beiträgen in fachspezifischem Vokabular werden auch Beiträge in leicht verständlichem Wortschatz angeboten.

Inklusion

Der Begriff “Inklusion” beinhaltet einen positiven Umgang mit Heterogenität und Vielfalt. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Menschen mit und ohne Behinderung lernen gemeinsam und nutzen ihre Verschiedenheit als Ressource. Inklusion verändert die pädagogische Praxis. Damit Inklusiv Erwachsenenbildung gelingen kann, bedarf es der konstruktiven Kooperation von allgemeiner Erwachsenenbildung, der Behindertenhilfe und der Heil- bzw. Rehabilitationspädagogik.



Inklusive Erwachsenenbildung

Was zeichnet eine Inklusive Erwachsenenbildung aus? Welche aktuellen Herausforderungen sind auf organisatorischer und inhaltlicher Ebene zu bewältigen? Im direkten Anschluss an den XIII. Deutschen Volkshochschultag „Weiterbildung für alle!“ vertieft die Fachtagung eine Diskussion, die mit dem neuen Grundsatzpapier der Volkshochschulen eröffnet wird.

Programm

Als fachspezifische Hauptreferate sind während der Tagung folgende Beiträge vorgesehen:

Prof. Dr. Klaus Meisel, Münchener Volkshochschule: Von den Tücken der Inklusion in der Erwachsenenbildung

Dr. Nicole Becker, Universität Tübingen: Wissen übers Lernen. Eine kritische Bestandsaufnahme der pädagogischen Rezeption neurowissenschaftlicher Erkenntnisse

Prof. Dr. Christian Lindmeier, Universität Koblenz-Landau: Inklusive Erwachsenenbildung als Menschenrecht

Veranstalter

Neben der GEB sind Mitveranstalter der Fachtagung:

- Humboldt-Universität zu Berlin
- Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
- City VHS – Volkshochschule Berlin Mitte
- Lebenshilfe Berlin

Unterstützt wird die Fachtagung von der Caritas Familien- und Jugendhilfe GGmbH.

Anmeldung und weitere Informationen:

<http://www.khsb-berlin.de/forschung/aktuelle-projekte/inklusive-eb/anmeldung/>

Veranstaltungshinweise

Die kreative Wollwerkstatt – Workshop für Menschen mit und ohne Behinderung

9. - 15. Mai 2011, Lübbecke Werkstätten, Lübbecke
Weitere Informationen: www.luebbecker-werkstaetten.de/439.html

Volkshochschultag 2011

12. - 13. Mai 2011, Berliner Congress Center
Weitere Informationen: www.volkshochschultag.de

Inklusive Erwachsenenbildung

Kooperationen zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Behindertenhilfe
13. - 14. Mai 2011, Humboldt-Universität zu Berlin
Informationen zur Fachtagung siehe auch Beitrag in diesem Heft

5. Festival Kultur vom Rande

14. - 21. Mai 2011, Reutlingen
Weitere Informationen zum 5. internationalen integrativen Kulturfestival für Menschen unabhängig von Behinderung und Benachteiligung:
www.kultur-vom-rande.de

Workshop für Dozenten von Englischkursen für Erwachsene mit kognitiver Beeinträchtigung

20. - 22. Mai 2011, Barmherzige Brüder, Gremsdorf
Weitere Informationen: M.Stirnweiss@barmherzige-gremsdorf.de

Teilhabe durch Bildung - Bodenseekongress 2011

26. - 27. Mai 2011, Friedrichshafen
Weitere Informationen: www.vds-baden-wuerttemberg.de/index.php/bodenseekongress-2011

UK inklusive – Teilhabe durch Unterstützte Kommunikation

11. Fachtagung von ISAAC
17. September 2011, TU Dortmund
Weitere Informationen: www.isaac-online.de

Einladung

zur ordentlichen Mitgliederversammlung der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland

Liebe Mitglieder,

hiermit laden wir Sie sehr herzlich ein zur 16. Mitgliederversammlung 2011
am **Samstag, dem 14. Mai 2011, um 15 Uhr** in der **Humboldt-Universität zu Berlin**,
Hörsaalgebäude am Hegelplatz, Dorotheenstraße 24, 10117 Berlin

Wegskizze:

Einen Lageplan finden Sie unter dem Link für die Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“: <http://www.khsb-berlin.de/forschung/aktuelle-projekte/inklusive-eb/>

Die Versammlung findet im Anschluss an die Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ in der Humboldt-Universität zu Berlin statt (siehe Hinweis in diesem Heft).

Tagesordnung Mitgliederversammlung

1. Begrüßung und Wahl des Versammlungsleiters
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
3. Satzungsänderung § 11
4. Geschäftsbericht des Präsidiums
5. Bericht Kassenprüfer
6. Aussprache
7. Entlastung des Präsidiums
8. Neuwahlen zum Präsidium
9. Anträge, Aussprache und Beschlüsse
10. Verschiedenes

Senden Sie bitte weitere Tagesordnungspunkte oder Anträge für die Mitgliederversammlung bis zum 30.04.2011 an die Geschäftsstelle der Gesellschaft.

Wahlvorschläge für die Ämter des Präsidiums senden Sie bitte ebenfalls bis 30.04.2011 an die Geschäftsstelle:

Frau Almuth Mix, Postfach 870228, 13162 Berlin, eMail: kontakt@geseb.de

Mit herzlichen Grüßen von allen Mitgliedern des Präsidiums

Berlin, 23. März 2011

gez. Prof. Dr. Karl-Ernst Ackermann

– Präsident –

Gründung der regionalen Arbeitsgruppe „Kleiner Odenwald“

Aus dem Kursangebot „Politische Bildung für Menschen mit Behinderung“ ist die regionale Arbeitsgruppe (RAG) „Kleiner Odenwald“ entstanden. Gründungsmitglieder der neuen RAG sind Klaus Gressel, Dorothea Hindinger, Mario Jünger, Robert Lohmüller sowie Andrea und Lars Elster.

An den zehn Abenden des Kursangebotes wurden nicht nur Grundlagen der Politik vermittelt, es fand auch ein sehr reger Austausch unter den Teilnehmern zu aktuellen politischen Themen statt und zum aktuellen Zeitgeschehen. Neben den für Baden-Württemberg nicht unwichtigen, teilweise sehr emotional geführten Diskussionen zum Bahnprojekt Stuttgart 21, beschäftigten sich die Kursteilnehmer auch mit verschiedenen Inhalten dieses Bahnprojektes. An weiteren Kurstagen wurden auch andere Themen und Fragen diskutiert und besprochen – z. B.: Wie wird der Gemeinderat gewählt? Welche Aufgaben hat der Bürgermeister? Wie kann ich mich als Bürger einbringen? Wie erhalte ich Informationen über die regionale und die bundespolitische Arbeit? Im Rahmen des Kurses fand auch ein Treffen mit einem Regionalpolitiker statt, das von den Teilnehmern intensiv vorbereitet wurde und sehr spannend war.

Immer wieder kam auch die Frage auf: Wie kann man den Bildungsprozess für Menschen mit Behinderung verbessern? Leider sind die bisherigen Bemühungen um die Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderung ungenügend und werden als nicht ausreichend empfunden. Auch das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung wurde immer wieder diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass Menschen mit Behinderung durchaus ein hohes Potenzial und vielerlei Kompetenzen haben – nicht nur auf das Lernen an sich bezogen.

Die neue Arbeitsgruppe „Kleiner Odenwald“ verfolgt nun das Ziel, entstandene Kontakte zu vertiefen, weitere Kontakte auch bundesweit zu ermöglichen und sich regional auszutauschen. Zurzeit sind monatliche Treffen geplant. Jeder Interessierte ist in der RAG herzlich willkommen.

Die regionale Arbeitsgruppe will nicht nur einen Beitrag zur Inklusion leisten, sondern auch die Bildungsarbeit vor Ort gestalten und dabei die vorhandenen Ressourcen jedes Einzelnen berücksichtigen und nutzen. Zum Ziel der RAG gehört auch, in Zusammenarbeit mit der GEB das Engagement der TeilnehmerInnen zu fördern und zu unterstützen und somit eine Plattform zu bilden, auf der ein regionaler und bundesweiter Austausch möglich ist.

*Lars Elster
Neue Steige 14
74869 Schwarzach
lars.elster@t-online.de*

Lars
Elster



Mitgliedschaft

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Gesellschaft
Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.
Im Beitrag ist das Abonnement der
Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
enthalten.

Jahresbeiträge:

€ 40,00 für Einzelpersonen, € 90,00 für Institutionen,
€ 24,00 für Studenten, € 11,00 für Menschen mit Behinderungen

Name:	
Vorname:	
Straße:	
PLZ:	Ort:
Tel.:	Beruf:
Unterschrift:	

Abo-Bestellung

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
im Abonnement. Preis: € 16,00 (zuzüglich Porto und Versandkosten)

Name:	
Vorname:	
Straße:	
PLZ:	Ort:
Tel.:	Beruf:
Unterschrift:	

Bitte einsenden an:

Gesellschaft Erwachsenenbildung
und Behinderung e.V., Deutschland
Postfach 870228 - 13162 Berlin

Mitgliedschaft und Abonnement

sind auch über die Homepage www.geseb.de abwickelbar.

Impressum

Die Zeitschrift Erwachsenenbildung und Behinderung erscheint zweimal jährlich und wird herausgegeben von der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.

Internet

Homepage: www.geseb.de

E-Mail: kontakt@geseb.de

Präsident

Prof. Dr. Karl-Ernst Ackermann

Postfach 870228, 13162 Berlin

E-Mail: ackermann@geseb.de

Bestellung und Versand Publikationen

Almuth Mix, Postfach 870228, 13162 Berlin

Tel.: 030 - 49 90 70 60

E-Mail: bestellung@geseb.de

Beiträge und Anzeigen

Almuth Mix

Postfach 870228, 13162 Berlin

E-Mail: mix@geseb.de

Schriftleitung

Werner Schlummer, Köln

Verlag

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland, Postfach 870228, 13162 Berlin

Bankverbindung

Pax-Bank Berlin: BLZ 37060193, Konto-Nr. 6000791014

Vorbehalte und Rechte

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Alle dadurch begründeten Rechte bleiben erhalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Herausgebers gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar.

Redaktionsschluss

15. Februar und 15. August und nach Vereinbarung.

Manuskript

Bitte bei der Geschäftsstelle einreichen: mix@geseb.de.

Weitere Informationen siehe „Manuskript-Hinweise“ auf der Homepage www.geseb.de.

Gestaltung und Satz

Klaus Buddeberg, Kommunikation Barrierefrei

Heinrich-Barth-Str. 13, 20146 Hamburg

www.klausbuddeberg.de

Druck

alsterpaper, Wiesendamm 22a, 22305 Hamburg

www.alsterarbeit.de

ISSN 0937-7468



Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland

*Miteinander Reden
Gemeinsam Lernen !*



Inklusive Erwachsenenbildung

*Kooperationen zwischen
Einrichtungen der
Erwachsenenbildung und der
Behindertenhilfe*

Fachtagung

13.05. - 14.05.2011

*Veranstaltungsort
Humboldt-Universität zu Berlin*

Gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern veranstaltet die GEB in Berlin die Fachtagung zur „**Inklusiven Erwachsenenbildung**“.

Die Fachtagung thematisiert aktuelle Herausforderungen einer Inklusiven Erwachsenenbildung auf organisatorischer und inhaltlicher Ebene.

Schirmherrschaft:
Professorin Dr. Rita Süssmuth
Bundestagspräsidentin a. D. und
Präsidentin des Deutschen
Volkshochschulverbandes

Tagungsgebühr:
regulär: 60,- Euro
ermäßigt: 30,- Euro

Anmeldung:
Julia Winkler, Organisationsbüro
Katholische Hochschule für
Sozialwesen Berlin
Köpenicker Allee 39-57
10318 Berlin
Tel.: 030 / 501010-704
inklusive-eb@khsb-berlin.de

Informationen:
www.geseb.de